

## Die Kulturabteilung des Zentralkomitee der SED 1946–1964

Beatrice Viermeisel

*Ist eine richtige politische Linie gegeben worden, so entscheidet die Organisationsarbeit alles, auch das Schicksal der politischen Linie selbst – ihre Durchführung oder ihr Scheitern. Stalin<sup>1</sup>*



Alfred Kurella  
(rechts) und  
Kurt Hager,  
Aufnahme am  
28.2.1958  
Foto: Bundesarchiv  
Koblenz, Bild 183  
(ehem. ADN-ZB,  
Zühlsdorf)

### I Vom Vereinigungsparteitag im April 1946 bis Juli 1950

Die Kulturabteilung des ZK der SED in ihrem Aufbau, ihrer Funktion und ihrer personellen Zusammensetzung zu dokumentieren, ist der mühsame Versuch, die Kulturpolitik der ersten rund zwanzig Jahre des SED-Regimes anhand ihrer Organisation systematisch zu beschreiben, obwohl sie einem laufenden Veränderungsprozeß unterworfen war.<sup>2</sup> Durch die Suche der Partei nach einem neuen Konzept für eine sozialistische Kultur war der Aufbau der Parteiorganisation außerordentlich geprägt durch Richtungs- und Machtkämpfe zwischen den vereinigten Parteien SPD und KPD. Bereits für die im Juni 1946 stattgefundene Erste Zentrale Arbeitsstagung der SED hieß es

1983: „All das zeigt, daß jene Traktate bürgerlicher Ideologen die historische Wahrheit verfälschen, die der SED nach der Gründung den marxistisch-leninistischen Charakter abzuspüren und zu behaupten versuchen, sie hätte sich dessen erst 1948/49 besonnen. [...] Die Tagung zeigte die SED nicht als ‚Volkspartei‘ sozialdemokratischer Prägung, sondern sie setzte die mit dem Vereinigungsparteitag eingeleitete ideologische Offensive des Marxismus-Leninismus fort.“<sup>3</sup> Dies war indes weitgehend unhinterfragter Konsens der Geschichtsschreibung der DDR, während es doch anfängliche Versuche in der Kulturpolitik gab, sozialdemokratische Traditionen zu übernehmen, die gerade auch in einer anderen Organisationsstruktur lagen.

Entsprechend war der Aufbau der Verwaltung<sup>4</sup> geprägt von Kompetenzgerangel zwischen Parteiapparat und der Deutschen (Zentral-)Verwaltung für Volksbildung (DVV) und den von beiden geschaffenen Institutionen, Kommissionen, Beiräten, Arbeitsgruppen. Weder die Aufgabenverteilung noch die Zuständigkeiten zwischen Partei und Verwaltung, später den staatlichen Ämtern, waren in den ersten Jahren irgendwie geregelt und abgegrenzt. Beide, die Hauptabteilungen (HA) der DVV und die Referate der Kulturabteilung des ZK griffen mit oft unterschiedlichen Zielsetzungen in die gleiche Arbeit ein. Zudem gab es im Personalbereich nach 1945 große Probleme aus Mangel an geeigneten, d.h. qualifizierten und politisch unbelasteten Mitarbeitern. Die SED bevorzugte außerdem ihre ehemaligen KPD-Mitglieder und mißtraute grundsätzlich den ehemaligen Sozialdemokraten, was den Kreis der infrage kommenden Funktionäre zusätzlich verkleinerte. Als Organ der Partei hatte es die Kulturabteilung zudem – real und eingebildet – in der Gestalt von Personen und Gruppen immer mit Gegenkräften, wenn nicht „feindlichen Elementen“ zu tun, dem vorbeugend begegnet werden mußte. In der Konsequenz dieses projizierten Verfolgungsinteresses gehörte es gerade zu den spezifischen Kennzeichen der Parteidiktatur, den „Durchblick“, das heißt eine demokratische Durchlässigkeit der Entscheidungsvorgänge, in ihre Strukturen möglichst zu verhindern.

Die politischen Anweisungen für die tägliche kulturpolitische Arbeit kamen in dieser ersten Phase bis Ende 1949 von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung unter ihrem Präsidenten Paul Wandel, die unmittelbar der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD) verantwortlich war bzw. mit ihr zusammenarbeitete.<sup>5</sup>

Erstmals soll hier auch von den handelnden Personen in der Abteilung gesprochen werden, um die Anonymität dessen aufzuheben, was gemeinhin und oft distanzierend als „die Partei“ begriffen wird. Damit kann unter dem politischen Personal differenziert und die Verantwortlichkeit einzelner hervorgehoben werden, auch wenn dies einem Grundverständnis des Sozialismus, dem Kollektivgedanken, widerspricht. Und nicht zuletzt wird sichtbar, daß die Entwicklung der Kulturpolitik dem äußerst komplexen Zusammenspiel von Funktionären und Künstlern zu verdanken ist.

Die Bedeutung der einzelnen Künste innerhalb der Kulturpolitik der Partei war sehr unterschiedlich und muß für jede Sparte erst noch im einzelnen untersucht werden. Stand am Anfang die Notwendigkeit, die Bildungspolitik zu reformieren, so wurde bald das Programm „Künstler in die Betriebe“ wichtig, ausgeweitet auf die „kulturelle Massenarbeit“, die die Grundlage für ein neues, sozialistisches Kulturverständnis bilden sollte. Die Künstler selbst wurden nach der Staatsgründung 1949 in Verbänden organisiert, nachdem Kulturbund und Gewerkschaft bereits 1945 Sammelbecken für die sogenannten bürgerlichen bzw. traditionell gewerkschaftlichen Kulturaktivitäten waren. Durch das System des „demokratischen Zentralismus“ war im Prinzip nach 1952, nach Gebietsreform und der Durchsetzung des „Funktionsprinzips“ im Parteaufbau, weitgehend gewährleistet, daß die Partei ihre kulturpolitische Linie über die „gewählten“ Personen in diese Verbände und Vereinigungen delegieren und sich im Prinzip und mit Hilfe vielfältiger Kontroll- und Sanktionsmechanismen darauf verlassen konnte, daß den Anordnungen, die von den Führungsgremien der Partei – Sekretariat und Politbüro – über die Abteilungen ergingen, Folge geleistet wurde.

### Die hoffnungsvollen Anfänge – Mai 1946 bis Dezember 1948

Der Ausschuß von SPD- und KPD-Funktionären, der die Parteienvereinigung vorbereitet hatte, schlug paritätisch den Kommunisten Anton Ackermann und den Sozialdemokraten Otto Meier als für Kultur zuständige Sekretäre des Parteivorstands vor, worauf sie auf dem Vereinigungsparteitag Ostern 1946 gewählt wurden.<sup>6</sup> Das Arbeitsgebiet der beiden Sekretäre umfaßte die Bereiche „Werbung und Schulung“, „Kunst und Erziehung“, „Presse, Rundfunk, Informationen“ sowie die Themen Jugend und Verlage, die zu diesem Zeitpunkt noch keiner Abteilung zugeordnet waren;

außerdem unterstand ihnen die Bibliothek der Partei.<sup>7</sup> Fred Oelbner, ehemals KPD, wurde Leiter der Abt. Werbung und Schulung, sein Stellvertreter war Paul Lenzer, ehemals SPD; Richard Weimann (SPD) wurde Leiter der Abt. Kultur und Erziehung, sein Stellvertreter war Dr. Josef Naas (KPD)<sup>8</sup>; der Abt. Presse, Rundfunk, Informationen standen zwei gleichberechtigte Leiter, Bruno Köhler und Dr. Heino Brandes, vor; die Bibliothek führte Paul Neumann.

Auf der 2. Tagung des Parteivorstandes im Mai 1946 wurde vorrangig die Organisation des Parteiapparates thematisiert, und der Abteilung Kultur und Erziehung wurden die Referate Allgemeine Organisation, Schule und Erziehung, Hochschule und Wissenschaften, Erwachsenenbildung und Volkshochschule, Kirche, und die Referate Bühne, Film, Literatur und Bildende Kunst zugewiesen.<sup>9</sup> Der Arbeitsplan vom 9. Mai 1946 versuchte sich in erster Linie einen Überblick über die gesamte Situation der anstehenden Arbeit zu verschaffen und zwar bezogen auf alle Besatzungszonen in Deutschland: Stand der gegenwärtigen Schul- und Hochschulpolitik, Werbung und Propaganda unter der Intelligenz, Zusammenarbeit mit den Ländern, Kreisen und Orten.

In den einzelnen Referaten zog sich die Stellenbesetzung hin, weil die erfahrensten Mitglieder an strategisch wichtigeren Stellen des Parteaufbaus eingesetzt werden mußten.<sup>10</sup> Außer Weimann und Naas wurden der Maler Max Grabowski als Referent für bildende Kunst, Dr. Alfons Kauffeldt für Hochschule und Studentenfragen und Helga Walch-Hoeffken, zuständig für Literatur und Feierygestaltung, eingestellt. Im Februar 1947 löste Karl Raab Josef Naas ab, der Direktor der Deutschen Akademie der Wissenschaften wurde.

Unter der Federführung von Grabowski legte die Abteilung am 15. Juni 1946 „Richtlinien für die Arbeit der Kulturabteilung der Bezirke der Partei in den Sektoren Bildende Kunst betreffend“<sup>11</sup> vor. Was in allen vier Besatzungszonen Deutschlands zu dieser Zeit noch kategorisch unter Aufsicht der Alliierten gehandhabt wurde, nämlich die Kontrolle und Einflußnahme auf das künstlerische und kulturelle Schaffen, diente notwendigerweise dazu, die vom nationalsozialistischen Kultur- und Kunstverständnis geprägten Deutschen „demokratisch umzuerziehen“. In den westlichen Zonen lief diese Kontrolle über die Kunstämter der bezirklichen oder städtischen Verwaltung und die neu gegründeten Organisationen, in der SBZ dagegen behielt sich die Partei von Anfang an den

entscheidenden Einfluß auf die kulturelle Tätigkeit vor. So wollte die Abteilung im Detail unterrichtet sein über die Veranstaltungen im Lande, die Tätigkeit im Kulturbund und in der Gewerkschaft, um sie „im fortschrittlichen Sinne zu beeinflussen“; außerdem über die Kulturschaffenden überhaupt, wozu Karteikarten mit differenzierten Angaben zu erstellen wären. In vergleichbarem Tenor waren die „Richtlinien“<sup>12</sup> vom Juli 1946 an alle Landes-, Provinzial- und Bezirksleitungen der SED gehalten, die dort den Aufbau der Kulturabteilungen und deren verwaltungstechnische Aufgaben präzisierten: Die acht Referate der zentralen Abteilung blieben auch hier Grundlage. Je nach Größe der Städte und Orte sollten hauptamtliche oder ehrenamtliche Kulturfachleute eingesetzt werden. „Grundsatz muß sein, selbst in der kleinsten Ortsgruppe der Partei einen Kulturoffizier zu wählen, der die kulturellen Aufgaben, soweit sie im örtlichen Rahmen gegeben sind, bearbeitet.“

Die SED richtete das Hauptaugenmerk ihrer Kulturpolitik in diesen ersten Monaten und Jahren auf die Bildungs- und Erziehungsarbeit. Während der Kulturabteilung der gesamte schulische und universitäre Bereich unterstand, baute die Abteilung Schulung und Werbung unter Oelbner die politische Bildungsarbeit für die Funktionäre auf mit einem umfangreichen System von marxistisch-leninistischen Fortbildungsangeboten: Abendkurse, kürzere und längere Seminare in Parteischulen auf Kreis- und Landesebene und der Zentralen Parteihochschule Karl-Marx. Die soziale Zusammensetzung des Partei- und Verwaltungspersonals machte, weil man eine proletarische Vergangenheit bevorzugte, eine nachholende Ausbildung nicht nur im Fach Marxismus-Leninismus, sondern auch im Verwaltungs-, Wirtschafts- und Kulturbereich dringend notwendig. Entsprechend lautete der Beschluß des Parteivorstandes vom 14. Mai 1946: „Nach vieljähriger faschistischer Unterdrückung jeder freien Bildungsmöglichkeit besteht in der Masse der Mitgliedschaft der SED das dringende Bedürfnis, sich auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus jene Bildungselemente zu erwerben, die der Sozialist für seine aktive Rolle im Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands, bei der Lösung der Fragen des Wiederaufbaus und im Kampf um den Sozialismus nicht entbehren kann. Um dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen, werden alle Organisationsleitungen aufgefordert, für die Mitglieder in den Wohnbezirksgruppen und Betriebsgruppen oder in kleineren Ortsgruppen vierzehntäglich [sic] dienstags einen

politischen Bildungsabend zu veranstalten. Der Tag muß für diesen Zweck von allen anderen Veranstaltungen frei gehalten werden, um allen Mitgliedern die regelmässige Teilnahme am politischen Bildungsabend zu ermöglichen.“<sup>13</sup>

Ein weiterer Schwerpunkt der Abteilungsarbeit war „die Erfassung und Gewinnung der sogenannten Intelligenzschichten“ als „besonders wichtige und dringende Aufgabe für den kulturellen Neuaufbau unseres Staates, der ohne die Mitwirkung dieser Schicht nicht vorgenommen werden kann oder zumindestens bedeutend verzögert würde.“<sup>14</sup> Der „notwendigste Schritt“ dazu sei „die zuverlässige und restlose Erfassung der Parteimitglieder, die diesen Kreisen angehören, die am besten auf der Grundlage des beiliegenden Fragebogens erfolgt“.

Um die Ziele in die Tat umzusetzen, war auf der 2. Tagung des Parteivorstandes (PV) im Mai 1946 die Bildung eines „Zentralen Kulturausschusses“ als zentrale Stelle für die Koordinierung der Kulturarbeit in den vier Berliner Sektoren vorgeschlagen worden; hier sollten Fachleute aus der Verwaltung die Politiker und Funktionäre unterstützen.<sup>15</sup> Otto Meier begründete ihn auf dem Plenum mit seinen sozialdemokratischen Erfahrungen: „Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas anderes erwähnen. Wir haben in der sozialdemokratischen Partei in unserer Bildungs- und Schulungsarbeit eine Einrichtung gehabt, die wir auch für die SED übernehmen möchten, da sie sich als sehr zweckmäßig und segensreich erwiesen hat. Wir wollen einen Kulturausschuss bilden, der gewissermaßen unsere ganze Bildungsarbeit betreut und ihr beratend zur Seite steht, und zwar gebildet aus Genossen, die sich mit allen uns interessierenden Fragen beschäftigen, die über gewisse Qualifikationen verfügen, die auf gewissen Gebieten Autoritäten sind: in Kunstfragen, in Hochschulfragen, in einzelnen wissenschaftlichen Sparten, die wir zu regelmäßigen Zusammenkünften hier zusammenrufen, vielleicht ein Gremium von 80 Mann, um alle Fragen, die uns interessieren, in gegenseitiger Aussprache zu erörtern. Es hat sich bei unserer Bildungsarbeit in der Sozialdemokratischen Partei herausgestellt, daß das sehr befruchtend ist, so daß wir entschlossen sind, ein solches beratendes Gremium auch für die Bildungsarbeit der SED zu schaffen.“<sup>16</sup> Allerdings gab es keinen Parteibeschluß zur Bildung des Ausschusses, sondern nur eine „Zustimmung des Parteivorstandes“, wie es in der Einladung vom 27. Juni 1946<sup>17</sup> formuliert war.

Eine undatierte Namensliste von 48 SED-Genossen aus dem gesamten Berliner Kulturverwaltungsbereich war wohl die Grundlage für die Einladungen der Kulturabteilung zur konstituierenden Sitzung am 4. Juli 1946.<sup>18</sup> „Der Ausschuß sei“, wird Weimann im Protokoll der Sitzung zitiert, „eine beratende Körperschaft und der Partei, also dem Zentralsekretariat und Parteivorstand für seine Arbeit verantwortlich.“<sup>19</sup> Als Vorsitzende wurden wiederum paritätisch Weimann und Naas gewählt, als ihre Stellvertreter Oelbner und Lenzner. Die 37 laut Anwesenheitsliste erschienenen Teilnehmer<sup>20</sup> verteilten sich auf Fachkommissionen, die den Referaten der Kulturabteilung entsprachen, hinzu kamen noch Kommissionen für Sozialistische Schulung und Literatur sowie für Rundfunk, wobei die Rundfunkarbeit „vorläufig noch etwas zurückgestellt werden“ sollte. Die „Fachkommission Kunst-Literatur“ bildeten Max Grabowski und Helga Walch-Hoeffken, beide Mitarbeiter der Kulturabteilung, Paul Lenzner aus der Abt. Parteischulung, Dr. Erich Kürschner, Mitarbeiter der Zentralverwaltung für Volksbildung, Dr. Alfred Werner vom Magistrat und Otto Müller-Glösa. „Unsere nächsten Aufgaben sind“, heißt es weiter im Protokoll, „die demokratische Schulreform, die Zusammenfassung der Lehrer, die Hochschulreform, Fühlung mit den Studenten, Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft aller Geistesarbeiter und Kulturschaffenden der Partei.“ Ziel der „Arbeitsgemeinschaften“ sei „eine enge Verbindung zwischen Hand- und Geistesarbeitern vorzubereiten“, bei den bildenden Künstlern sei man schon auf dem Wege. „Notwendig sind ferner Aufträge an die Künstler durch die öffentlichen Stellen wie auch die Organisationen, ebenso Veranstaltung von Wettbewerben und Preisausschreiben.“ Übergeordnetes Problem bleibe aber die Nationale Frage und die Überwindung der Nazi-Ideologie.

Es war geplant, die Sitzungen etwa 14-tägig zu halten, in größeren Abständen erweitert mit Gästen aus der sowjetisch besetzten Zone. Am 3. März 1947 beschloß das Zentralsekretariat: „Für die alle 3 Monate stattfindenden Sitzungen des [Zentralen Kultur-] Ausschusses ist derselbe um 14 Mitglieder und zwar um je einen Vertreter jedes Landes der vier Besatzungszonen Deutschlands zu erweitern.“<sup>21</sup> Die erste dieser Sitzungen fand am 6. Mai 1947 statt, wofür die Partei Verpflegung und Unterkunft der Teilnehmer übernahm.<sup>22</sup> Der Kulturausschuß traf sich in unregelmäßigen Abständen, die Akten verzeichnen die letzte Sitzung im September 1948.

Für den Tag nach der konstituierenden Sitzung des Zentralen Kulturausschusses hatte Grabowski bereits die „Zusammenkunft bildender Künstler, die der SED angehören“,<sup>23</sup> anberaunt, um sie im Rahmen der Kommission als künstlerische Fachkräfte in die Arbeit der Abteilung einzubeziehen. Laut eines Berichts von diesem Treffen am 5. Juli 1946<sup>24</sup> referierte Grabowski die neue Rolle der bildenden Kunst in der SED, in der Diskussion ging es indes weitgehend um die praktischen Probleme: Materialbeschaffung, Atelierbeschaffung, Förderung des Schaffens, Schaffung einer Kunstzeitschrift und um „Kritik an den Kunstkritikern“, die „als ungeeignet angesehen wird, das Kunstschaffen im positiven Sinne zu fördern“. Die Genossen Künstler wollten sich zu einer „politischen Arbeitsgemeinschaft“ mit den folgenden Aufgaben zusammenschließen:

- „1) Klärung der Probleme der Kunst vom Standpunkt unserer Partei.
- 2) Kulturpolitische und allgemein-politische Schulung der SED-Künstler.
- 3) Propaganda des marx. Kunststandpunktes im Rahmen der Partei und darüber hinaus, dazu gehört
  - a) Heranschulung und Stellung von Referenten für Veranstaltungen, die das Gebiet der Kunst behandeln,
  - b) Einschaltung in die Presse durch geeignete Aufsätze.
  - 4) Veranstaltung von Ausstellungen, die von unserem Standpunkt als positiv zu bewerten sind.

Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft übernimmt die Fachkommission. Beide treten regelmäßig zusammen.<sup>25</sup> Die Fachkommission, zu der sich sofort die Maler Oskar Nerlinger, Fritz Duda, Horst Stempel, Paul Schultz-Liebisch und Wilhelm Höfler meldeten, sollte und wollte von der Partei bei allen die Kunst betreffenden Fragen hinzugezogen werden. In einem Resümee der Abteilung für den ZK-Sekretär Otto Meier<sup>26</sup> ist als weitere Motivation der Künstler die „Erziehungsarbeit [...] nach den Jahren der Nazibarbarei“ und die Verbundenheit mit dem „schaffenden Volke“ genannt. Der Bericht einer Sitzung der Fachkommission vom 30. Juli nennt bereits zehn Mitglieder.<sup>27</sup>

Die Idee, die Fachkräfte innerhalb der Partei für die Parteiarbeit zu gewinnen, indem man sie zu Arbeitsgruppen – neben den Künstlern v.a. Lehrer, Ärzte, Naturwissenschaftler und Techniker – zusam-



Otto Meier auf dem II. Parteitag der SED, 1947  
Foto: Bundesarchiv Koblenz, Bild 183 (ehem. ADN-ZB)

menfaße, wurde im März 1947 durch „Richtlinien“<sup>28</sup> festgelegt, die allerdings erst im März 1948 ihre endgültige Fassung erhielten.<sup>29</sup> In der Auswertung des 1. Kulturtages der SED Anfang Mai 1948 in der Berliner Staatsoper wurden die „Arbeitsgruppen der SED-Geistesschaffenden“ dann auch für die Länder und Kreise propagiert, und „die Obleute dieser Arbeitsgruppen sind in die Kulturausschüsse zu berufen, damit sie mit der gesamten Kulturarbeit verbunden sind. Die Obleute dieser Arbeitsgruppen können außerdem zu einem Arbeitsausschuß für die Geistesschaffenden zusammengefaßt werden, der für die Kulturabteilungen ein wertvolles Organ zur Durchführung der Arbeit unter den Geistesschaffenden sein kann. Um die Geistesschaffenden stärker mit der Partei zu verbinden, sind sie zu wichtigen Parteitätigkeiten heranzuziehen.“<sup>30</sup>

Wie der „Zentrale Kulturausschuß“ beendeten auch die Arbeitsgemeinschaften, soweit sie sich überhaupt gegründet hatten, im Herbst 1948 ihre zumindest offizielle Zusammenarbeit mit der Partei, nachdem man es in Angriff genommen hatte, die „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der stalinistischen Organisationsform zu etablieren.<sup>31</sup>

Am 16. März 1947 hatte die Alliierte Kommandantur die Wiederezulassung von Vereinen erlaubt.<sup>32</sup> Alle bisher bei der Magistratsabteilung „Neues Leben“-Volkskunst“ angesiedelten Sport-, Kultur- und sonstigen Gruppierungen konnten sich nun, wenn sie Vorstand und Satzung angaben, als selbständige Vereine eintragen lassen. In diesen Zusammenhang gehörte möglicherweise der folgende Vorschlag von Grabowski. Ein undatiertes Arbeitsplan der Abteilung (für das 2. Quartal 1947) vermerkte: „Aufgrund von Verhandlungen mit Vertretern der fortschrittlichen Künstler, der Zentralverwaltung für Volksbildung und dem FDGB wird die Gründung eines Vereins zur Förderung der Bildenden Kunst e.V. auf überparteilicher Grundlage vorbereitet. Aufgaben des Vereins sind vor allem Einrichtung einer ständigen Ausstellung von Werken der Künstler und in Verbindung damit Aufbau einer Vertriebs- und Verkaufsorganisation dieser Werke, um den Künstlern finanziell damit zu helfen. Ferner sollen die Behörden, staatliche und kommunale Stellen sowie die Organisation veranlaßt werden, geeignete Werke der Künstler zu erwerben und Aufträge zu erteilen. Um die jüngeren und noch weniger bekannten Künstler zu fördern, sollen Ausstellungen nach besonderen Gesichtspunkten, evtl. auch juryfrei, veranstaltet werden. In der Arbeiterschaft ist starkes

Interesse für die Bildende Kunst der Gegenwart zu wecken durch einführende Vorträge und Schriften, Ausstellungsführungen, Verlegung von Ausstellungen in die Betriebe. Eine weitere Aufgabe dieser Organisation ist die Beseitigung der Auswüchse des freien, privatkapitalistischen Kunsthandels und Nachprüfung der bestehenden Konzessionen.“<sup>33</sup> Am 21. April 1947 lud Grabowski zu einer „Besprechung über die evtl. Schaffung einer Gesellschaft zur Förderung der Bildenden Kunst“ ein, deren Gründung sowohl auf den kommenden Sitzungen der Fachkommission Bildende Kunst wie auch des erweiterten Zentralaussschusses diskutiert wurde. Die „Denkschrift zur Gründung einer Gesellschaft zur Förderung der bildenden Kunst“<sup>34</sup> war dann vom 14. Mai 1947 datiert und trug die Unterschrift von Grabowski. In der folgenden Sitzung des Zentralen Kulturausschusses am 16. Mai 1947 begründete dieser die „Gesellschaft“ u.a. damit: „Ihre Aufgabe wird nicht nur die Lenkung des Kunstbetriebes in geregelte Bahnen, sondern auch die Durchführung von Ausstellungen, Wanderungen, Vorträgen, Führungen usw. sein. Sie wird die Organisation aller am Kunstleben Interessierten sein. Die Gründungsversammlung findet im Juni statt. Die Gesellschaft, deren Vorstand sich aus 8-10 Personen zusammensetzen soll, wird überparteilich sein.“<sup>35</sup> Ende Juni vermerkt ein Sitzungsprotokoll: „Die Gesellschaft soll überparteilich sein, jedoch soll hier in stärkerem Maße als es bei anderen Organisationen, z.B. dem Kulturbund, der Fall ist, unseren Kräften der entscheidende Einfluß gesichert sein, da es nicht angeht, den prominenten Künstlern einen zu starken Einfluß in einer Organisation zu geben, die sich im Effekt gegen deren Auffassung richten wird.“<sup>36</sup>

Ausgangspunkt für das Projekt war die unbefriedigende Situation im Ausstellungsbereich, in dem wegen der mangelnden Finanzkraft der öffentlichen Hand und den wenigen geeigneten Ausstellungsräumen, die es gab, eine scharfe Konkurrenz herrschte. Doch wie in den SED-Arbeitsgemeinschaften spiegelte sich auch in der geplanten „Gesellschaft“ die Uneinigkeit unter den Künstlern und das Kräfteverhältnis von Partei und Künstlern. Die „Gesellschaft“ selbst, obwohl von SMA-Hauptmann Barski angeblich wohlwollend unterstützt und fast bis zur geplanten Vorlage im Politbüro gediehen, hatte keine Zukunft, denn es lag nicht in der Intention der SED, Vereine als selbständige Organisationen zu fördern. Diese Gesellschaft entsprach zu sehr den traditionellen, bürgerlichen Vereinsformen, in denen sich sozial und fachlich ab-

gegrenzte Einzelinteressen sammeln konnten. Für die neue sozialistische Gesellschaft sollten auch neue Formen sozialer Gemeinschaften gefunden werden.

Mit diesem Vorhaben hatte sich Grabowski Forderungen der „Arbeitsgemeinschaft Bildender Künstler der SED“ zu eigen gemacht, und es durchzieht die Protokolle vieler Sitzungen wie ein roter Faden die Forderung der Künstler nach praktischer Hilfe für ihre künstlerische Tätigkeit und die der Partei nach einer ideologisch beschlagenen Truppe, die an die „Kulturfront“ zu schicken wäre. Die Künstler der SED führten zudem einen erbitterten Kampf gegen die namhaften, als bürgerlich diffamierten Kollegen – die Künstler, die bereits vor 1933 Bekanntheit oder Berühmtheit erworben hatten, dann im Nationalsozialismus mehr oder weniger verboten waren und nach 1945 unmittelbar an die erfolgreiche Vergangenheit anschließen wollten – und sie versuchten, die Lösung ihrer existenziellen Probleme über die Partei zu finden. Zum großen Teil fand diese Auseinandersetzung mit ihren unterschwelligen Animositäten und Feindschaften auf der kunsttheoretischen und ästhetischen Ebene in der Zeitschrift „bildende kunst“ statt, deren Gründung zur Aufgabe der Abteilung gehört hatte.<sup>37</sup> Diese zum Teil heftigen gegenseitigen Ausfälle basierten auch auf der Einschätzung künstlerischer Qualität und entzweiten nicht zuletzt auch die zuständigen Funktionäre. Dies zeigte sich u.a. an den frühen künstlerischen Fragen, die unmittelbar an die Abteilung zur Entscheidung herangetragen wurden, nämlich der Herstellung von repräsentativen Porträts – Marx, Lenin, Stalin, Thälmann, Pieck und Grotewohl – und der „künstlerischen Gestaltung des Parteilebens“.<sup>38</sup>

Der hohe Einsatz für die bildenden Künstler ist weitgehend Max Grabowski zu verdanken, dem ersten und einzigen bildenden Künstler, der Funktionär im Apparat der Partei war. In den anderen Sparten – Literatur, Theater, Film, Musik – gab es noch keine zuständigen Referenten und daher auch wenige von der Abteilung ausgehende Aktivitäten. Deren Forum war vor Gründung der verschiedenen Fach-Verbände<sup>39</sup> der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ oder die „Gewerkschaft 17 (Kunst und Schrifttum)“, vor allem aber die entsprechende Hauptabteilung Kultur in der Zentral- bzw. Deutschen Verwaltung für Volksbildung.

Um die Arbeit der Bildungs- und Erziehungsbereiche, die das Parteivolk innerhalb und außerhalb schulischer Institutionen erreichen sollte, besser koordinieren zu können, wurden beide Abteilungen als

Ergebnis des II. Parteitagess im September 1947 unter dem Namen „Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung“ mit Beschluß des Zentralsekretariats vom 1. Oktober 1947 zusammengelegt.<sup>40</sup> Weimann blieb Leiter der Kulturabteilung, gleichberechtigt mit Fred Oelbner, der bisher die „Parteischulung“ mit einem relativ großen Personalbestand organisiert hatte. Allerdings hatte Oelbner, mit der Gruppe Ackermann aus Moskau zurückgekehrt, das weitaus größere politische Gewicht in dieser Konstellation. Die Abteilung Kultur und Erziehung blieb in ihren einzelnen Referaten weitgehend unverändert<sup>41</sup> und beschäftigte nun noch Manfred Stambula im Referat Volkshochschulwesen, Georg Kaufmann für die Gebiete Literatur, Musik und Film, Hans-Joachim Mund im Kirchenreferat und Erich Mischke für „Technische Filmarbeit“. Das Referat Schule und Lehrrufen war unbesetzt ebenso wie die zweite Referentenstelle – neben Karl Raab – für das wichtige Gebiet Hochschule und Studentenfragen, da Kauffeldt ausgeschieden war. Reinhard Hellig betreute das Referat Sport und Körperkultur und „bearbeitet ferner Bücherei und Buchhandelswesen“ – ein Hinweis darauf, wie wenig anfänglich diesem Feld Bedeutung für die Kulturpolitik beigemessen wurde.

Die verschiedenen Versuche der Mitarbeiter im Apparat, die künstlerische Intelligenz für sich zu gewinnen und ihre „Linie“ durchzusetzen, strapazierten die Geduld der Mächtigen ebenso wie der zu langsame Fortschritt in den ökonomischen Verhältnissen. Um das zu ändern, wurde der Zweijahrplan annonciert, und die Kultur war vorgesehen als Treibriemen für eine schnellere, d.h. bessere Entwicklung des Sozialismus. Dazu mußte die Organisation der Partei endgültig auf das „Produktionsprinzip“ (Betriebsgruppen) umgestellt werden, der anfängliche Kompromiß mit der SPD, die ihre Partei vor 1933 nach dem „Territorialprinzip“ (Ortsgruppen) aufgebaut hatte, zugunsten der Betriebsgruppen verändert werden. Zwar blieben die Wohnbezirksgruppen weiter bestehen, doch ihre Bedeutung entsprach den Beteiligten - Rentnern und Hausfrauen.

Auf der Zentralen Organisationskonferenz in Liebenwalde am 27. Januar bis 6. Februar 1948<sup>42</sup> wurden die Richtlinien erarbeitet, die den entscheidenden Umschwung im Parteaufbau mit der „Partei neuen Typus“ bewirken sollten und die vor allem auf der 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes im Juli bzw. Sept. 1947 beschlossen wurden: die Aktivistenbewegung als künftiger Motor der Partei und der

„demokratische Zentralismus“, der über das System der bei jeder Arbeitsstelle mit mehr als drei Parteimitgliedern einzurichtenden Parteigruppe (Grundorganisationen) den Einfluß der SED bis in die kleinsten Verästelungen des Systems herstellen, stärken und wahren sollte.

Auf einer Arbeitstagung der Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung am 7.–9. September 1948, hatte Ulbricht selbst den endgültigen Marschbefehl für die neue Richtung ausgegeben. War die Tagung der SED-Kulturschaffenden in Kleinmachnow wenige Tage zuvor (2.–3.9.) noch von „partnerschaftlichem Vorgehen“<sup>43</sup> geprägt, so hielt nun Ulbricht für den „verhinderten“ Ackermann das Hauptreferat in eindeutigen Tenor: „Ich muß mit dieser Kritik beginnen, weil es nicht mehr zu ertragen ist, daß die Kulturschaffenden die neuen Aufgaben negieren und so tun, als ob jetzt andere für sie diese Aufgaben in Angriff nehmen müssen. Das geht nicht, und wir werden gezwungen sein, wenn die Aktivistenbewegung nicht in kürzester Frist von seiten der Kulturschaffenden aktiv unterstützt wird, uns auf die Aktivisten der FDJ zu stützen und unsere älteren Kunstschaffenden in der Presse zu kritisieren. Ich sage das ganz offen, damit es keine Mißverständnisse mehr gibt, in welcher Situation wir uns befinden. Wir können den Zweijahrplan nicht mit Erfolg durchführen, wenn nicht in schnellerem Tempo das kulturelle Niveau der Bevölkerung gehoben wird, auch das ideologische Niveau, wenn der Kampf an der Kulturfront nicht mit aller Energie zielbewußt geführt wird. Das ist heute noch nicht der Fall.“<sup>44</sup>

Auf der genannten Arbeitstagung kündigte Weimann die Bildung von Parteiativisten in den „großen volkseigenen Betrieben“ an: „Sie sollen bestehen aus den Vertretern der Werktätigen, die in den Betrieben die Kulturarbeit leisten, und aus Vertretern der Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller, die sich um alles das kümmern sollen, was den Kulturaufbau und das Kulturleben im Betrieb angeht. Über die Einzelheiten werden wir auf unserer Tagung sprechen. Dabei muß die Kulturabteilung der Partei der Motor sein, der immer wieder der Arbeit neuen Auftrieb gibt. Dazu müssen die Erfahrungen ausgetauscht und es muss eine Kontrolle geübt werden, damit wir auf diesem Gebiete einen guten Schritt vorwärts kommen. Dabei müssen uns die befreundeten Organisationen helfen. Dazu muss auch der Kulturbund seine Arbeit umstellen. Auch er soll an der Bildung der Kulturaktivisten beteiligt sein. Ebenso gross ist die Aufgabe für

den FDGB, dem die Kulturarbeit in den Betrieben unterstellt ist. Endlich brauchen wir zur Erfassung der Kulturschaffenden vor allem die Kulturgewerkschaften, wie ich sie nennen möchte, also die in der Gewerkschaft 17 zusammengeschlossenen Mitglieder des Schutzverbandes der Schriftsteller, der Künstler, Bühnengenossenschaften usw. Diese Gewerkschaften müssen jetzt in der Zone schnellstens ausgebaut werden, und unsere Genossen müssen dabei ihren Einfluss geltend machen, damit unsere SED-Kulturschaffenden dort die aktiven Träger dieses Lebens in den Gewerkschaften sind.“<sup>45</sup> Der ehemalige Sozialdemokrat Weimann plädierte hier noch für die Stärkung der Gewerkschaften, um möglicherweise den zahlenmäßig überlegenen vormaligen SPD-Genossen unter den SED-Mitgliedern den gewünschten Einfluß zu ermöglichen.

Das war die Kampagne zum Zweijahrplan in Angriff genommen, der 1949 in Kraft trat. Auf kulturpolitischem Gebiet sollte sie dazu beitragen, die produktive Leistung zu steigern und die Bürger an die neue, sozialistische Gesellschaft zu binden. Die Doppelstrategie, nämlich auf organisatorischem Gebiet Entscheidungen im ausschließlichen Interesse der kommunistisch-stalinistischen Fraktion in der Partei zu fällen und gleichzeitig einen Diskussionsprozeß in Gang zu halten, der verschleiern sollte, daß diese Entscheidungen längst gefallen waren, ist eine der typischen Vorgehensweisen der SED. Die jeweils einsetzenden Enttäuschungen, wenn Reden doch nicht geholfen hatte, wurden dann mit Privilegien kompensiert. In diesem Falle waren es die enormen Zuwendungen, die die im März 1949 verabschiedete Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) in Gang brachte.<sup>46</sup>

Im November 1948 hatte Grabowski einen selbstkritischen Bericht über die Arbeit seines Referates, ausgehend von den Richtlinien von 1946, geschrieben, der vor allem eine Schwierigkeit beim Namen nannte, die für die ersten Jahre in vielen Quellen wahrzunehmen ist: „Der bisher schwächste Punkt der Arbeit war die Zusammenarbeit mit der Verwaltung (Deutsche Verwaltung für Volksbildung). Es ist bisher nicht gelungen, in der Verwaltung das Gefühl zu erwecken, dass die Kulturabteilung der Partei die Stelle ist, die fähig und berufen ist, die Politik in der Verwaltung zu führen und zu beeinflussen. Wo die Verwaltung Rat und Hilfe brauchte, wandte sie sich in vielen Fällen direkt an das Zentralsekretariat (Gen. Ackermann). Das liegt zum einen Teil auch an



Max Grabowski  
um 1960  
Foto: Privatbesitz

persönlichen und fachlichen Missverständnissen von Seiten einzelner Personen in der Verwaltung. Größere Hemmnisse bestanden anfänglich infolge unzweckmäßiger Besetzung (Gärtner-Scholle), die erst durch unsere langandauernden Bemühungen geändert wurden. Der Hauptgrund für die Schwäche dieser Arbeit liegt jedoch in einer gewissen Zurückhaltung infolge der eigenen anfänglich unzureichenden Sicherheit und Klarheit. Das wurde von Anfang an als Schwäche erkannt und alles getan, um es zu ändern.“<sup>47</sup>

Die über zweidreiviertel Jahre, die Richard Weimann die Abteilung leitete, dienten vorrangig dem Ziel, kulturelle Organisationsstrukturen in der gesamten SBZ und in den ersten beiden Jahren darüber hinaus in allen vier Besatzungszonen Deutschlands zu schaffen und möglichst breite, parteifreundliche Kreise an der Kulturarbeit zu beteiligen. Diese Entwicklung wurde abgebrochen, als 1948 die außenpolitischen Bedingungen (Kalter Krieg, Blockade in Berlin, Jugoslawien) die Bemühungen um die rasche Wiedervereinigung und einen besonderen deutschen Weg des Sozialismus, den Anton Ackermann propagiert hatte, vorerst beendeten, das marxistisch-leninistische Parteiensystem in seiner stalinistischen Ausprägung nunmehr zum Vorbild avancierte und die „Partei neuen Typus“ propagiert wurde; in der Folge wurde die paritätische Besetzung von Funktionen zurückgenommen (2. Parteikonferenz im Januar 1949) und bis auf wenige Ausnahmen die ehemaligen Sozialdemokraten abgelöst und nur noch in untergeordneten bzw. parteipolitisch irrelevanten Stellungen verwendet. So zog sich Richard Weimann nach seinem Weggang Ende 1948 aus der Politik zurück und wurde Filialleiter des DEFA Filmvertriebs in Leipzig,<sup>48</sup> wie auch andere Mitarbeiter aus der ehemaligen SPD, deren Namen in den Quellen nie mehr zu finden sind; Otto Meier wurde im Februar 1950 von Alexander Abusch als Sekretär für Kultur und Erziehung abgelöst und als Leiter des Staatlichen Archivwesens eingesetzt.<sup>49</sup>

#### Von der Besatzungszone zum Staat – Januar 1949 bis September 1950

Für die neuen Aufgaben suchte die Partei einen energischeren und durchsetzungsfähigeren Organisator, den sie in Stefan Heymann fand, der im Januar 1949 als Abteilungsleiter vom Sekretariat des ZK bestätigt wurde.<sup>50</sup> Heymann war schon seit 1947 zu den erweiterten Zentralaussschüssen herangezogen worden und in Thüringen als Kultursekretär in der Landesleitung der SED ausgesprochen aktiv gewesen.

Die Stelle seines Vertreters blieb offen, nachdem Karl Raab in eine leitende Funktion der DWK überwechselt war.

Im Februar 1949 wurde die Abteilung wieder getrennt in „Parteischulung“ und „Kunst und Erziehung“, Leiter der Abteilung Parteischulung wurde nunmehr Kurt Hager,<sup>51</sup> nachdem Fred Oelßner 1948 in den Parteivorstand gewählt worden war.

Auf Heymann und seinen immer noch kleinen Mitarbeiterstab kam sehr viel Arbeit zu. Die Künstler waren im Sinne der Aktivistenbewegung systematisch in die Betriebe einzubinden, was von beiden Seiten her – den Arbeitern und den Künstlern – eine sehr mühsame und oft vergebliche Annäherung bedeutete. Bereits im November 1948 war die erste Stufe der Formalismus-Kampagne mit einem Aufsatz von Alexander Dymshitz<sup>52</sup> gestartet worden, wozu in der ganzen Zone, organisiert über den Kulturbund, Vorträge und Aussprachen angeregt und „angeleitet“ werden mußten – ein zähes und nicht sehr erfolgreiches Unternehmen, weil sich die Künstler aller Sparten, die künstlerisch von einem Moderne-Verständnis aus der Zeit vor 1930 geprägt waren, weitgehend weigerten, sich einer solch verengten, polarisierenden Kunstdiktatur zu unterwerfen; und noch fehlte der eigene Nachwuchs.

Eine weiteres öffentlichkeitswirksames Unternehmen hatte der Abteilung sehr viel Ärger gebracht: die Vor- und Nachbereitung der 2. Deutschen Kunstausstellung in Dresden, die am 10. September 1949 eröffnet worden war. Abgelenkt von der Arbeitsüberlastung in Berlin, hatte man zu spät bemerkt, daß in Dresden eine Ausstellung zusammengelassen war, die keineswegs den Erwartungen der Partei an eine neue, eine sozialistische Kunst gerecht wurde. Im Gegenteil: Gerade diese Ausstellung mußte als ein außerordentlicher Mißerfolg für alle bisherigen Bemühungen gelten, die Künstler auf ein Kunstverständnis einzuschwören, wie es einigen stalinistischen Parteifunktionären vorschwebte, als sozialistisches Kunstideal aber noch keineswegs zu Ende diskutiert war. In einem „vertraulichen“ Schreiben an Wilhelm Pieck vom 13. September 1949 fällt Heymann ein vernichtendes Urteil: „Die Ausstellung ist, wie die Kunstkritiker unserer Presse bereits feststellten, eine Schau des Formalismus. Neue Ansätze sind fast überhaupt nicht vertreten, die gesamte Ausstellung ist ein schreiender Widerspruch zu der demokratischen Entwicklung in unserer Zone. Das schlimme dabei ist, daß dieser Widerspruch nicht nur in den Werken westdeutscher



Stefan Heymann  
1947  
Foto: Bundesarchiv  
Koblenz, Bild 183  
(ehem. ADN-ZB)

Künstler zum Ausdruck kommt, sondern auch in den Bildern und Plastiken der Künstler aus der sowjetischen Besatzungszone.<sup>53</sup> Und er folgerte daraus als „die erste und entscheidende Aufgabe“ die „ideologische Auseinandersetzung in den Reihen der bildenden Künstler“ sowie die Ausrichtung einer „Gegenausstellung“<sup>54</sup> unter Anleitung der Abteilung.<sup>55</sup>

Als am 31. März 1949 die Kulturverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) in Kraft trat mit zahlreichen anschließenden Durchführungsverordnungen, wozu auch die Gründung des Kulturfonds gehörte, galt es, die neuen Fördermaßnahmen für die technische, wissenschaftliche und künstlerische Intelligenz in die Praxis umzusetzen. Das fing bei den „Pajoks“, Paketen mit Sonderrationen von Lebensmitteln an, ging über die Beschaffung von Wohnungen und den Bau von Eigenheimen bis zur Zuweisung von Erholungsheimen und zum Ankauf von Kunstwerken. Dies zu organisieren und an die gewünschten Stellen und Personen zu leiten, war Aufgabe der Abteilung und bedeutete Ärger, denn diese Vergünstigungen für (willige) Kulturschaffende standen in einem eklatanten Widerspruch zu den Lebensbedingungen der Durchschnittsbevölkerung und in krassem Gegensatz zum vorgetragenen proletarischen Bewußtsein; viele Genossen Kulturschaffende aber, überzeugt von der eigenen Notwendigkeit, hielten die Privilegien für selbstverständlich und entwickelten teilweise ein ausgeprägtes Anspruchsverhalten.<sup>56</sup> Von hier rührten in der Folgezeit auch die tiefsitzenden Vorbehalte des (Partei-)Volkes gegenüber „der Intelligenz“.

Um die politischen und organisatorischen Zuständigkeiten neu zu definieren und zu verteilen, war der nächste organisatorische Schritt der systematische Auf- und Ausbau der Parteiorganisationen im Apparat, in den Betrieben und Massenorganisationen, über die dann der unmittelbare Einfluß der Partei laufen sollte. Das Kleine Sekretariat<sup>57</sup> hatte auf seiner Sitzung am 6. Mai 1949 u.a. den Beschluß gefaßt, die Arbeitspläne des Sekretariats und aller Abteilungen einer Prüfung zu unterziehen,<sup>58</sup> und wenige Tage später sandte die Kulturabteilung ihre „Kritik an der bisherigen Arbeit der Abteilung Kultur und Erziehung“ an Paul Verner, den Leiter der Organisationsabteilung beim ZK, die zudem ein Bild vom Arbeitsumfang mittelt: „Die Abteilung Kultur und Erziehung stellt fest, dass die Durchführung der Arbeitspläne, die im Februar aufgestellt wurden, nur zu etwa 70% erreicht ist. Diese mangelhafte Lösung hat folgende Ursachen:

1.) Die aufgestellten Arbeitspläne wurden nicht regelmässig in den Abteilungssitzungen behandelt und ihre Durchführung kontrolliert.

2.) Die Zahl der gestellten Aufgaben war entsprechend der schwachen Zusammensetzung der Abteilung zu groß. Das machte sich besonders auf dem Gebiete des ganzen Schulwesens bemerkbar, da bis heute noch kein Referent für Schulfragen in der Abteilung arbeitet und da die anderen Referenten der Abteilung die Schulfragen nicht noch nebenbei bearbeiten können.

3.) Die Referenten der Abteilung haben in der Tagesarbeit oftmals die zentralen Fragen aus dem Auge verloren und Einzelfragen gelöst, anstatt sich auf die Hauptpunkte zu konzentrieren.

4.) Für die Durchführung der einzelnen Aufgaben wurden keine Zwischentermine gestellt, durch die es möglich gewesen wäre, den Fortgang und die Entwicklung der Aufgaben systematisch zu kontrollieren.

Die Abteilung Kultur und Erziehung hat aus dieser selbstkritischen Stellungnahme der Durchführung der bisherigen Arbeitspläne die notwendigen Konsequenzen gezogen und sie bei der Aufstellung des neuen Arbeitsplanes berücksichtigt. Insbesondere wurden für die regelmäßige Kontrolle und Überprüfung des Arbeitsplanes Sicherungen geschaffen, die es ermöglichen, die Arbeit der Abteilung auf die zentralen Probleme zu konzentrieren.“<sup>59</sup>

Am 1. bis 8. Juni 1949 fand die 1. Organisationskonferenz in Berlin statt,<sup>60</sup> auf der Paul Verner über „das Arbeitssystem und die Methodik der Parteileitung“ referierte und auf der die von allen Abteilungen vorgelegten Änderungsentwürfe diskutiert wurden. Ende Juni 1949 erhielt die Organisationsabteilung von der Kulturabteilung den ersten „Entwurf der neuen Richtlinien für die Reorganisation“, der mit der Forderung beginnt: „Verantwortlich für die gesamte Kultur- und Erziehungsarbeit der Partei ist die Abteilung Kultur und Erziehung. Zur Koordinierung der Arbeit innerhalb der Partei wird ein Ausschuss geschaffen, dem folgende Abteilungen des Parteivorstandes angehören: Parteischulung, Massenagitation, Presse, Wirtschaft, Arbeits- und Sozialfürsorge, Justiz, Jugend und Frauen. Ferner gehören zu diesem Ausschuss die Bearbeiter der Kulturfragen in den Massenorganisationen und der Präsident der DVV.“<sup>61</sup> Parallel dazu sollte die Verwaltung, d.h. die DVV, ein vergleichbares Gremium für ihren Aufgabenbereich schaffen. Um den Parteieinfluß zu untermauern, soll-

ten die beiden bestehenden Kommissionen für Schule und Hochschule weiter beim Parteivorstand tätig sein, in der Kulturabteilung sollte jeder Referent ein „Aktiv aus den qualifiziertesten Genossen seines Fachgebiets [bilden], das operativ arbeitet und bei Bedarf zusammentritt“; dafür sollten die sozialistischen Arbeitsgruppen aufgelöst werden. Zusätzlich sollten direkt beim Parteivorstand „Spezialstrukturen für die kulturellen Fragen“ eingestellt werden.

In einem zweiten Entwurf der Kulturabteilung vom 6. Juli 1949<sup>62</sup> heißt der entscheidende Satz: „Die Ausarbeitung der kulturpolitischen Aufgaben und Richtlinien aufgrund der Beschlüsse des Politbüros sind eine Angelegenheit der Abt. Kultur und Erziehung“, wozu die Vertreter der Massenorganisationen, der DVV und aller Institutionen und Abteilungen mit kulturellen Aufgaben durch einen Ausschuss eingebunden werden sollten. Damit wurde die Arbeit der Abteilung unmittelbar auf das Politbüro zentriert, dessen Beschlüsse dann „nach unten“ zu vermitteln waren. Die – kaum praktikierbare – Zusammenarbeit mit der Vielzahl der Abteilungen wurde auf die mit den Massenorganisationen (FDJ, FDGB, DSF u.a.) begrenzt. Die Verwaltung war durch ihren Präsidenten in diesem Ausschuss vertreten, der damit das Bindeglied zwischen Partei und Verwaltung bildete. Ungelklärt blieb weiterhin, von welcher Stelle die „Spezialstrukturen“ ihre „Spezialaufträge“ erhalten würden.

Die dann am 17. Oktober 1949, kurz nach der Staatsgründung, beschlossenen „Richtlinien über die Fertigstellung von Vorlagen und wichtigen Materialien für die Regierung und Regierungsstellen zur Entscheidung durch die zuständigen Organe des Parteivorstandes sowie über die Kontrolle der Durchführung dieser Entscheidungen“<sup>63</sup> gestanden den Abteilungen des ZK die wesentlichen Entscheidungsbefugnisse zu und waren die Grundlage für die künftige Arbeit.

Der organisatorische Umbau zog sich jedoch hin, und die entscheidende EntschlieÙung für „Maßnahmen zur Verbesserung der organisatorischen Arbeit der Partei“ wurde erst auf der 26. ZK-Tagung am 3. Juni 1950, kurz vor dem III. Parteitag, verabschiedet. In seinem Referat<sup>64</sup> über „Die Verbesserung der Organisationsmethoden der Partei“ monierte Paul Verner, daß „unsere noch zu allgemeine und abstrakte Methode der Leitung durch eine konkrete Führung ersetzt werden“ müsse, wozu im Mittelpunkt der kommenden Arbeit die Kaderarbeit und Kaderpolitik stehen müsse: „Wir wollen eine Verstärkung der persönlichen Verantwortung jedes einzelnen Parteiarbeiters

und Parteimitgliedes gegenüber den Aufträgen, Aufgaben und Verpflichtungen erreichen.“<sup>65</sup> Auf die Rolle der Kultur unter dem Primat stalinistischer Propaganda verweist Verner mit den folgenden Erwägungen: „Der Vorschlag, bzw. die Meinung, ob die Zeit reif ist, bereits die gesamte ideologische Arbeit unserer Partei in einer Abteilung zusammenzufassen, wurde sehr eingehend diskutiert, also die Frage der Parteischulung, Propaganda, Agitation, der Kulturarbeit. Wir sind der Meinung, daß vom Gesichtspunkt der großen Aufgaben, die der Genosse Fred Oelsner entwickelt hat und der übrigen Aufgaben, die vor uns stehen, die in dem Bericht des Genossen Pieck zum Ausdruck kamen, die Zeit noch nicht opportun ist, um diesen Schritt zu gehen. Deshalb schlagen wir vor, die Abteilung Massenagitation mit der Presseabteilung zu vereinigen, wobei in der Pressearbeit das besondere Schwergewicht liegt in der Untersuchung und Überprüfung unserer Parteipresse, unserer Zeitungen in den Ländern usw.“<sup>66</sup> Die EntschlieÙung legte die „Aufgaben des Parteiapparates und seine Struktur“ fest und nannte als „Grundaufgaben“:

- a) die Vorbereitung der Beschlußentwürfe für die leitenden Organe der Partei;
- b) die Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse der Partei, d.h. Anleitung und Hilfe für die Parteiorganisationen und ihre leitenden Organe sowie Kontrolle über die Verwirklichung der Beschlüsse durch die Parteileitungen und Organisationen;
- c) die Auswahl und Entwicklung von Kadern in ihrem Arbeitsbereich.“<sup>67</sup>

Als Aufgaben der Kulturabteilung werden nur erwähnt die „planmäßige Entwicklung und Förderung der durch die Nomenklatur festgelegten Kader und Auswahl der Kader ihres Arbeitsbereiches“,<sup>68</sup> alle anderen Aufgaben hatten demgegenüber in der nächsten Zeit zurückzustehen. Die organisatorisch entscheidenden Weichen waren im Jahr zuvor gestellt worden, doch fehlten noch die Kader für die neuen Organisationsformen. Denn Ergebnis und Erkenntnis dieser langen Diskussion war, daß die Ausbildung der dringend benötigten Funktionäre forciert werden mußte, um gleichzeitig den ebenso notwendigen Auf- und Ausbau der Grundorganisationen zu gewährleisten. Allerdings beschränkte sich die „fachliche“ Ausbildung auf das Studium des Marxismus-Leninismus an den Parteihochschulen, den Instituten für Gesellschaftswissenschaften an den Universitäten und dem zentralen Berliner Institut für Marxismus-Leninismus (IML).

Die Genossen Künstler waren natürlich auch zur politischen Weiterbildung verpflichtet. So wurden zu einer Sitzung am 26. Januar 1949<sup>69</sup> Künstler und Kulturschaffende aus allen Bereichen zu einem Seminar eingeladen, das Fritz Erpenbeck zu „Marx und Engels über Kunst und Literatur“ hielt; das war das mindeste, wozu sich die kulturpolitisch Tätigen melden mußten, und es war nicht leicht, sich davor zu drücken.<sup>70</sup>

Was die Kulturabteilungen in den Ländern, Kreisen und Städten betraf, so konnten die frühen Vorstellungen, Kulturarbeit überall parteilich zu verankern, keineswegs erfüllt werden. Dies zeigte der weitgehend mißglückte Versuch, landesweit die Formalismus-Kampagne in Gang zu bringen. In einem Brief an die Landesvorstände vom 4. März 1949 übte Heymann deutliche Kritik: „Leider haben wir, aber auch sehr verspätet, auf dieses Schreiben nur einen einzigen Bericht und zwar vom Landesverband Sachsen erhalten. [...] Durch Euer Verhalten ist zweifellos viel wichtiges Material über diese bedeutungsvolle Diskussion nicht zu unserer Kenntnis gekommen, so daß wir es nicht in der allgemeinen Beurteilung und Formulierung auswerten können.“<sup>71</sup> Zu einer Partei neuen Typus gehöre, beschwerte sich Heymann weiter, „die planmäßige Erfüllung unserer Aufgaben, die wir uns stellen bzw. die uns gestellt werden. [...] Wir können uns nicht vorstellen, dass wir eine richtige Kulturpolitik treiben können, wenn in solchen bedeutungsvollen Fragen eine solche Nachlässigkeit herrscht.“

Die Kulturabteilungen in den (alten) Kreisen waren im Januar 1950, soweit sie überhaupt schon bestanden hatten, aufgelöst worden.<sup>72</sup> Deren Situation schilderte Genossin Kultermann vom Landesvorstand der SED in Mecklenburg-Vorpommern in einem Brief an die ZK-Kulturabteilung: „Besondere Kulturabteilungen in den Kreissekretariaten hat es mit wenigen Ausnahmen wie z.B. in dem Kreise Rostock, bzw. Schwerin auch vor der Reorganisation nicht gegeben, sondern es bestand die Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung und Werbung, die von einem hauptamtlichen Sekretär geleitet wurde. Nach der Reorganisation verlagerte sich das Schwergewicht auf die Massenagitation und Parteischulung, sodass die kulturellen Fragen nur am Rande behandelt wurden. Infolgedessen haben wir zu verzeichnen, dass eine direkte Kulturarbeit von 2/3 unserer Kreisvorstände nicht geleistet wird und in vielen Kreisen sogar zum

Erliegen kam. [...] Insbesondere macht sich die schlechte Arbeit auf kulturellem Gebiet in Bezug auf die Kulturarbeit in den MAS und Betrieben sowie bei der Realisierung der Kulturverordnung der DWK in den Kreisen bemerkbar. Auch kam die politische Arbeit unserer Kreisvorstände unter den Lehrern und an der Schule vielfach zum Erliegen. Nachteilig wirkt sich auch die ungenügende Anleitung der Arbeits- und Betriebsgruppen der sozialistischen Lehrer und Erzieher aus. [...] Zusammengefaßt wird festgestellt, dass sich in der praktischen Arbeit die Reorganisation so auswirkt, dass im Vordergrund die Arbeit auf dem Gebiete der Massenagitation und der Parteischulung steht und dass für die Kulturarbeit nur wenig Zeit übrig bleibt und sie dementsprechend vernachlässigt wird. Besondere Kulturabteilungen bestehen in den Kreisen Rostock, Greifswald und Schwerin. Unter Zugrundelegung oben angeführter Tatsachen sind wir der Meinung, dass besondere Abteilungen für Kultur und Erziehung bei den Kreisvorständen notwendig sind und regen an, dieses einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.“

Der Ende 1949 entworfene „Kulturplan 1950“<sup>73</sup> nennt die inhaltlichen Ziele der Kulturpolitik im nunmehr eigenständigen Staat: „Das Jahr 1950 soll auf breiter Basis eine Volkskultur entwickeln, die demokratisch in ihrem Inhalt und national in ihrer Form ist.“ Zur Förderung der Kunst und der bildenden Künstler, die „den Weg zum Verständnis des Volkes noch nicht gefunden“ hätten, wurden zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen: „Fortführung des Kampfes gegen den Formalismus“; Herausgabe der Zeitschrift „Kunst und Leben“<sup>74</sup>; „Entwicklung des Schutzverbandes bildender Künstler zu einer ideologisch führenden Gewerkschaft“; „Neuordnung des Ausstellungswesens“; Aufbau der Kunsterziehungsinstitute bei den Pädagogischen Fakultäten in Berlin und Greifswald; Einrichtung einer Abteilung Kunsterziehung beim Pädagogischen Zentralinstitut; Errichtung der Akademie der Künste; Verlegung der Hochschule für angewandte Kunst von Weißensee in die Dorotheenstraße und Ausbau des Instituts für industrielle Gestaltung; Durchführung von Lehrgängen für die ideologische Schulung der Hochschuldozenten; „Erarbeitung einer Untersuchung des Erbes auf dem Gebiete der bildenden Kunst zur Entwicklung einer marxistischen Kunstgeschichte und Ästhetik durch Beauftragung einer Gruppe von marxistischen Kunstfachleuten zu periodischen Arbeitstagen; Ausbau von repräsentativen Ausstellungsräumen.“

Das Jahr 1950 sollte den „Umschwung auf dem Gebiet der Kulturpolitik“<sup>75</sup> bringen. Im Februar 1950 war Alexander Abusch (nur für wenige Monate) an die Stelle von Ackermann als Sekretär des ZK für Kultur und Erziehung getreten, Fred Oelßner war Sekretär für Parteischulung und Verlage geworden, im Juli fand der III. Parteitag statt, auf dem die Kulturpolitik im Mittelpunkt der Kritik stand; die Vorbereitungen für den 1. Fünfjahresplan, der 1951 begann, liefen.

In erster Linie aber war 1950 das Jahr der exzessiven Parteiberprüfungen mit nachfolgenden Parteiverfahren und Prozessen, die einen „Reinigungsprozeß“ in den eigenen Linien bildeten. Neben dem drohenden Charakter für die eigenen Genossen hatten die Untersuchungen auch einen kompensatorischen für die Bevölkerung, deren Unzufriedenheit mit der massiven und sehr oft inkompetenten Einmischung der Partei in alle Lebens- und Arbeitsbereiche zur ersten großen Welle der Westwanderung geführt hatte.

Diese existenzbedrohende Parteireinigung – wer heute zur eigenen Sicherung einen alten Mitkämpfer verriet, konnte schon morgen selbst am Pranger stehen – beherrschte auch die Arbeit der Kulturabteilung insofern, als es weniger um kulturelle oder künstlerische Probleme ging als vielmehr um „Organisierung“, „Kontrolle“ und „Überprüfung“; als wichtigste Probleme der Kulturpolitik nannte Heymann u.a. die „Verstärkung des ideologischen Kampfes“ und „Verstärkung der Wachsamkeit gegenüber dem Eindringen feindlicher Ideologien und Agenten, die sich besonders auf kulturellem Sektor bemerkbar machen. Es wurde festgestellt, daß auf diesem Gebiet noch eine große Sorglosigkeit herrscht.“<sup>76</sup> Um die Arbeit vor allem ideologisch zu bewältigen, hatte Heymann, der anscheinend immer unsicherer wurde, eine „Kulturkommission des Politbüro“ vorgeschlagen, die indes abgelehnt wurde, da die Abteilung „alle Möglichkeiten, um notwendige Beratungen für ihre Arbeit durchzuführen“, hätte.<sup>77</sup>

Die Struktur der Abteilung Kunst und Erziehung, die das Sekretariat im August 1950<sup>78</sup> verabschiedete, wies die bisherigen Arbeitsfelder Schule, Hochschule, Künste und Kader mit je gleich starker Besetzung auf wie den neuen Sektor für die kulturelle Massenarbeit, der „kulturelle Erziehungseinrichtungen“ benannt wurde. Jeder der fünf Sektoren hatte neben einem Leiter jeweils zwei bzw. drei Instrukteure. Die Diskussion über Stellenwert, Umfang und Zuständigkeit, aber auch über die Arbeitsmethode der Kulturarbeit in Industrie und Landwirtschaft war noch

nicht abgeschlossen; vorerst galt es, die räumlichen Bedingungen, das waren die Kulturhäuser in den Kombinat- und Betrieben sowie die Maschinenausleihstationen (MAS) auf dem Land zu errichten. Die „Aufgabenverteilung“ nannte eine kaum zu bewältigende Anzahl von Verantwortlichkeiten, die dafür sorgten, daß sich die Mitarbeiter weiterhin in der Tagesarbeit und dem Kompetenzgerangel verloren.

Zur Reorganisation des Staatsapparates gehörte auch die auf dem III. Parteitag im Juli 1950 beschlossene Neubestimmung und -besetzung der ehemaligen Verwaltung für Volksbildung, die am 14. September 1950 vom Sekretariat bestätigt wurde. Der bisherige Verwaltungsbereich wurde aufgeteilt in ein „Ministerium für Grund- und Hauptschulen“ (d.i. Volksbildung), als Minister wurde der ehemalige Präsident Paul Wandel weiterverwendet; in ein „Staatssekretariat für Hochschulen und Wissenschaft“, das im Februar 1951 unter der Leitung von Gerhard Harig seine Arbeit aufnahm; und die „Staatliche Kommission für Kunst und Literatur“ (wie sie damals genannt wurde), die erst im Sommer 1951, ein Jahr nach dem Parteitag, als Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten ihre Arbeit begann. Sie war ebenfalls einem Staatssekretariat gleichgestellt.<sup>79</sup>

Auf derselben Sekretariats-Sitzung vom 14. September 1950 erfuhr die Abteilung Kultur und Erziehung eine einschneidende Veränderung: Als Folge der Aufteilung des bisherigen Bereichs Volksbildung in die drei getrennten Bereiche Schule, Hochschule und Kunst wurde der Sektor Hochschulen und Wissenschaft (ausgenommen die künstlerischen Lehranstalten) herausgenommen und der Abteilung Propaganda, ehemals Parteischulung, überantwortet, die der gerade gewählte Kandidat des ZK Kurt Hager leitete. Sekretär für alle drei Bereiche wurde anstelle von Abusch, der in die Paul-Merker-Affäre verstrickt war, Hans Lauter.<sup>80</sup>

Ergebnis der Reorganisation von Partei und Verwaltung war nicht zuletzt ein grundsätzliches Revirement des Personals der Kulturabteilung. Es schieden aus: Stefan Heymann, als Jude und ehemaliger KZ-Häftling in doppelter Hinsicht nicht mehr „zeitgemäß“, wurde abseits der Macht im diplomatischen Dienst verwendet; Max Grabowski, der Mitarbeiter der Deutschen Akademie der Künste wurde; Heiga Walch-Hoeffken, die in die Landesleitung der SED Berlin ging und Georg Kaufmann, der zum 1. Februar 1951 im Volksbildungsministerium eingestellt wurde, wo er die Kulturarbeit in den Betrieben verantwortete.

Herbert Busse (Jg. 1899), der seit 1947 in der Abteilung arbeitete, war 1949 ausgeschieden und ging in das Außenministerium. Mund und Mischke waren, ohne Spuren zu hinterlassen, 1948/49 ausgeschieden. Hellwig nach einer Untersuchung der Personalpolitischen Abteilung (PPA) in die Verkehrsabteilung der DHG versetzt worden. Der Lehrer Wolfgang Groth (Jg. 1901), 1949/50 in der Kulturabteilung Hauptreferent für Schulen, wurde 1950 in gleicher Funktion Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Volksbildung; und Sigrid Schwarz, die sechs Monate als Hauptreferentin für theoretische und ideologische Fragen der Pädagogik gewirkt hatte, ging am 1. Januar 1950 in gleicher Aufgabenstellung an das neu gegründete Deutsche Pädagogische Zentralinstitut. Zusammen mit Ilse Heider gehörten die beiden letzteren zu den schnell rekrutierten Neulehrern mit Aufstiegschancen nach Parteischulbesuch und Parteipraxis.<sup>81</sup>

Am 1. Oktober 1950 begann Egon Rentsch (Jg. 1915), der gerade die Parteihochschule „Karl Marx“ in Kleinmachnow absolviert hatte, seine Tätigkeit als neuer Leiter der Abteilung Kultur und Erziehung des ZK.

## II

### Die fünfziger Jahre

#### Vor dem Neuen Kurs – 1950 bis 1953

Der personelle Umbau der Abteilung hatte bereits im Frühjahr 1949 begonnen, als mit dem Leipziger Rudolf Herzog (Jg. 1921) ein eigener Hauptreferent für Personalpolitik eingestellt worden war; als Kaderinstrukteur kam 1952 Änne Stengel (Jg. 1908) aus Zeitz. Die geplante Erweiterung zog sich jedoch hin, und erst im Laufe des Herbstes 1950 und dann 1951 wurden weitere neue Mitarbeiter in der Abteilung eingestellt.

Im Juni 1950 kam Hans Schlösser aus der Leipziger Parteileitung und schied als stellvertretender Abteilungsleiter im Juli 1952 wieder aus, sein Gebiet waren die kulturellen Erziehungseinrichtungen, wofür Ingrid Schulz (Jg. 1927), zuvor in der Landesregierung Brandenburg, ebenfalls eingesetzt war. Auch Friedrich Brumm (Jg. 1909) kam aus Sachsen und wurde Instrukteur für Unterricht und Erziehung. Im gleichen Sektor waren der ehemalige Brandenburger Schuldirektor Heinz Hoffmann (Jg. 1921) tätig, Elisabeth Menzel und seit Ende 1952 Isolde Oschmann (Jg. 1913) und Armin Zeißler (Jg. 1922). Willi Adam (Jg. 1905) gehörte zur älteren Generation, und nach Emigration in Dänemark hatte er in Schwerin wieder

mit der politischen Arbeit in Deutschland begonnen. Er war bereits seit 1949 im ZK für die westdeutsche Arbeit<sup>82</sup> zuständig und seit Sommer 1951 in der Kulturabteilung. Gustav Just (Jg. 1921), seit Januar 1952 im Sektor Kunst, war zuvor Leiter der Kulturabteilung in der Landesleitung von Sachsen-Anhalt. 1951 kamen von der Leipziger Universität, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Siegfried Wagner (Jg. 1925), zuerst als Instrukteur, dann als Leiter des Sektors Unterricht und Erziehung; Joachim Mückenberger (Jg. 1926), Instrukteur und dann Leiter des Sektors Kulturelle Massenarbeit; Siegfried Weigel (Jg. 1924), Instrukteur für Kunst. Instrukteur für bildende Kunst wurde im Mai 1951 Irene Heller (Jg. 1913), die zuvor Landesvorsitzende des sächsischen Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) war. Zum Instrukteur für Musik hatte sich inzwischen Margarete Knapp (Jg. 1912), die 1947 im Büro der Abteilung angefangen hatte, durch marxistisch-leninistisches Studium qualifiziert. 1950/51 war Hans Koch (Jg. 1925) Instrukteur für Kulturelle Massenarbeit, bevor er an das Institut für Gesellschaftswissenschaften delegiert wurde, ebenso wie im Jahr darauf Weigel, der allerdings 1956 in den Westen flüchtete.<sup>83</sup> Unter Egon Rentsch kam nun die neue, in den zwanziger Jahren geborene Generation in die politische Verantwortung, die ihre Ausbildung nach dem Krieg erhalten hatte und die die dringend benötigte, sozialistische erzogene Kaderelite bilden sollte.

Nach den Maßgaben der „Partei neuen Typus“, d.h. der „führenden Rolle der Partei als organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse und der werktätigen Volksmassen“,<sup>84</sup> war der Parteaufbau vereinheitlicht und gestrafft worden. Rentsch versprach, die Abteilung zu einem schlagkräftigen Instrument im Bereich Kultur zu entwickeln. Dazu wurde die Arbeitsweise stärker systematisiert, wie es das Protokoll der ersten Abteilungsitzung andeutet: „In Zukunft sollen sich die Genossen gewisse Gepflogenheiten abgewöhnen. Nach Möglichkeit soll vorher überlegt werden, wann Besprechungen geführt werden können.[...] In absehbarer Zeit soll ein Plan angefertigt werden darüber, wie die angefallene Arbeit zu verteilen ist. Grundsätzliche Dinge werden nicht nur über den jeweiligen Sektorenleiter besprochen, sondern auch mit anderen Genossen.“<sup>85</sup> Es folgten genaue Angaben zum Umgang mit Westzeitungen, die künftig auf drei beschränkt werden sollen: die überregionale „Neue Zeitung“, den Berliner „Tagespiegel“ und die „Welt“: „Die gelesenen Westzeitungen

sind dem Archiv täglich zur Auswertung und Aufbewahrung zu übergeben.“ Zur „Verstärkung der Wachsamkeit“ gab Rentsch detaillierte Anweisungen.

Es finden nun bis in das Jahr 1952 hinein fast regelmäßig Abteilungsitzungen statt, auf denen die anstehenden Probleme besprochen und die aktuellen Arbeiten verteilt werden. Versucht man heute, anhand der Beschlußprotokolle die angefallenen Arbeitsfelder aufzuschlüsseln, so ergeben sich drei, inhaltlich ineinandergreifende Gebiete:

1. Der personelle Aufbau von Institutionen und Organisationen: am schwierigsten war wohl die Besetzung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten (Stakuko), die im August 1951 ihre Arbeit aufnahm; der Deutschen Akademie der Künste und der Künstlerverbände – überall galt es, geeignete SED-Mitglieder in die entscheidenden Leitungsfunktionen zu bekommen.

2. Die politisch-ideologische Arbeit: Die Weiterführung und Verschärfung der Formalismus-Kampagne nach dem Grundsatzartikel von Orlow im Februar – kurz vor der endgültigen Kampfansage an die Moderne auf der 5. Tagung des Zentralkomitees im März 1951; die Ausrichtung der künstlerischen Hoch- und Fachschulen auf den Sozialistischen Realismus in ihren Lehrplänen; Vorlagen für die Parteiführung zu Verordnungen und Gesetzen; Abfassen von Aufsätzen für das „Neue Deutschland“, die „Einheit“ oder für den „Neuen Weg“, die alle Mitarbeiter zu liefern hatten.<sup>86</sup>

3. Die operative Arbeit der Instrukteure vor Ort: sie schien wie eine Feuerwehr,<sup>87</sup> die überall, wo es ideologisch „brannte“, hinein mußte (u.a. Besuche von Theater, Filmen, Ausstellungen, Atelierbesuche). Eingriffe fanden direkt auf politischem und künstlerischem Gebiet statt, denn noch waren die entsprechenden Organisationen nicht soweit parteimäßig durchorganisiert wie später, als die Anweisungen nur noch an die zuständigen Stellen delegiert wurden.<sup>88</sup> Zur operativen Arbeit gehörte auch die 1951 mit großem propagandistischem Aufwand und politischem Anspruch veranstaltete, gesamtdeutsch geplante, Volksbefragung, bei der Kultur einen hohen legitimatorischen Stellenwert hatte und zu deren Höhepunkt der gesamtdeutsche I. Deutsche Kulturkongreß in Leipzig, Mai 1951 gehörte. Neben den von der FDJ veranstalteten Weltfestspielen für den Frieden, die im Sommer 1951 in Berlin stattfanden, war das ambitionierteste Projekt in der Zeit von Rentsch die Vorbereitung der III. Deutschen Kunstausstellung, die im März 1953 in

Dresden eröffnet wurde und Vorbildausstellung für den Sozialistischen Realismus in der bildenden Kunst sein sollte.

Daß über diesen vielfachen Aktivitäten die „großen ideologischen Fragen“ zu kurz kämen, deren prinzipielle Behandlung „Aufgabe der Parteiorganisation“ sei, rügte Ulbricht im November 1951 in einer Abteilungsleiterbesprechung und kritisierte an der Kulturabteilung im besonderen die mangelnde Arbeit mit der Staatlichen Kunstkommission, die „zu sporadisch und geheimnisvoll“ arbeite und „keine grundsätzlichen Probleme vor der Öffentlichkeit stellt. Dies sei in allen künstlerischen Fragen so, lediglich die Architekturdiskussion würde öffentlich und offensiv geführt, weil sie direkt vom P.B. [Politbüro] angeleitet wird.“<sup>89</sup>

1952 war das Jahr der Verwaltungsreform mit der Umstellung von fünf Ländern auf vierzehn Bezirke (dazu kamen die Berliner Bezirksleitung und die Wis-muth-Gebietsleitung), die innerhalb weniger Monate zu vollziehen war.<sup>90</sup> In den Bezirken waren die Kulturabteilungen neu aufzubauen, in kleineren Kreisen und Orten wurde die Kultur von der Abteilung Propaganda geführt. Gleichzeitig wurde die Gelegenheit genutzt, die Kader im gesamten Parteigefüge durch Wahlen neu zusammenzusetzen. In der Folge verabschiedete das Politbüro am 11. November 1952 eine weitere „Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei und des Apparates.“<sup>91</sup> Für die ZK-Abteilungen hieß das die „Aufgliederung [...] in selbständige fachpolitische Abteilungen.“<sup>92</sup> mit dem Ergebnis, daß die Kulturabteilung, umbenannt in „Abteilung Schöne Literatur und Kunst“, nunmehr nur noch für die einzelnen Kunstsparten zuständig war. Für den Erziehungsbereich wurde die neue Abteilung Allgemeinbildende Schulen geschaffen, die ebenfalls Wandel als Sekretär unterstand.

Erstmals wurde in der Vorlage für die neue Struktur der Abteilung vom 22. Dezember 1952,<sup>93</sup> nachdem die „Hauptaufgaben“ benannt wurden, unmißverständlich formuliert: „Die Abteilung löst diese Aufgaben durch Anleitung der leitenden Genossen und der Parteiorganisationen auf dem Gebiete der Kunst und Literatur.“ Es folgte die Aufzählung der den gesamten künstlerischen und kulturpolitischen Bereich umfassenden Institutionen, die damit der Abteilung unterstanden; hinzu kam aber auch die Anleitung der Kulturarbeit der beiden anderen massenpolitisch wichtigen Instrumente der Partei, die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und der Freie Deutsche



Hans Lauter,  
Aufnahme vom  
21.1.1947  
Foto: Bundesarchiv  
Koblenz, Bild 183  
(ehem. ADN-ZB,  
Mammusch)

Gewerkschaftsbund (FDGB). Die Abteilung sollte sechs Sektoren erhalten: neben dem Sektor Kader die Sektoren Kunst, Literatur und Kunstwissenschaft, Film, Künstlerische Massenarbeit, Gesamtdeutsche Arbeit; der Kaderschlüssel sah 27 politische und acht technische Mitarbeiter vor.

Die meisten Mitarbeiter, nämlich sechs Instruktoren neben dem Sektorleiter, waren für den Sektor bildende Kunst vorgesehen. Die Einstellungen wurden aber nicht annähernd erreicht, zumal bereits im Sommer und Herbst 1953 die nächste Umstrukturierung anstand. 1952 schied Siegfried Wagner aus, um als Kultursekretär in der Bezirksleitung Leipzig verwendet zu werden. Schlösser ging im Juli 1952 an die Parteihochschule, Joachim Mückenberger wurde sein Nachfolger als Sektorleiter und im Januar 1954 auch als stellvertretender Abteilungsleiter.

Im Mai 1953 wurde Egon Rentzsch seiner Funktion als Abteilungsleiter enthoben. Die Begründung auf der Sekretariatsitzung vom 11. Mai lautete „wegen Versöhnlerium zum Formalismus und wegen Nichtdurchführung eines Beschlusses des ZK zur Kontrolle des Programms“. Anlaß war die Feier des 135. Geburtstages von Karl Marx, die wegen des Todes von Stalin in den Mai verschoben worden war. Die Formalismus-Kritik bezog sich auf die Uraufführung der Komposition von Jean Kurt Forest „Karl Marx hat gelebt und gelehrt“ nach Gedichten von Kuba (Kurt Bartel). In seiner Selbstkritik<sup>94</sup> nannte Rentzsch den Arbeitsanfall als eine der Ursachen sowie seine Vertrauenslosigkeit gegenüber den „sogenannten Fachleuten“: „Dadurch kam ein intellektuelles, nicht dem Zuhörerkreis gerecht werdendes, zu langes und mit schweren Fehlern behaftetes Programm durch Uraufführung des a-capella-Chores von Forest und die deutsche Erstaufführung des Babadahanian-Konzertes [d.i. Arno Harutyuni Babadjanyan<sup>95</sup>], das höchstens in einem sinfonischen Mückenberger hätte zur Diskussion gestellt werden dürfen, zustande. Die Hauptschuld daran trage ich durch die schlechte Anleitung und Führung der Genossen der Abteilung.“ Ob diese Entlassung ein Vorwand und welches die Hintergründe waren, kann bisher nicht beurteilt werden. Zumindest gab es politische Spannungen unter den Mitarbeitern,<sup>96</sup> auch hatte im Oktober 1952 ein Parteiverfahren gegen Irene Heller und Friedrich Brumm begonnen, das im März 1953 mit einer „strengen Rüge“ für beide und einer zweijährigen Funktionsenthebung für Brumm endete. Der Beschluß dazu kam von der Grundorganisation 18 der ZK-Abteilung.<sup>97</sup>

Ebenfalls im März 1953 wurde Hans Lauter aus seinen Funktionen entlassen, denn er war beschuldigt worden, in der illegalen Arbeit Verhören gegenüber der Gestapo nicht standhaft geblieben zu sein.

Sektorenleiter waren Ende 1953 Mückenberger für Kulturelle Massenarbeit, Just für Kunst und Adam für die Westarbeit, als Instruktoren neben Irene Heller, Gretel Knapp, Änne Stengel und Ingrid Schulz waren neu hinzugekommen: Gerda Kohlmei, Sonja Matthäus, Armin Schulz, Armin Zeißler, Hans Strutz, Hermann Lahl und Hilderose Boock.<sup>98</sup>

#### Von Aufstand zu Aufstand – 1953 bis 1957

In den kommenden, kultur- wie parteipolitisch schwierigen Jahren bis 1957 – weiterer Aufbau und Festigung der Parteioorganisationen, Neuer Kurs, 17. Juni 1953 und seine Folgen, Aufbau des Ministeriums für Kultur seit Herbst 1953, XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, Ungarn-Aufstand im Oktober 1956 und in seiner Folge die zahlreichen Verhaftungen in der DDR (von denen die Harich- und Janka/Just-Prozesse nur die Spitze des Eisberges waren), die drei ZK-Tagungen im Januar, Juli und Oktober 1957, auf und nach denen mit dem gesamten Kulturbereich aufgeräumt wurde – in diesen vier Jahren war die Kulturabteilung ohne Abteilungsleitung und kaum effektiv.

Im Juli 1953, nach der Proklamierung des „Neuen Kurses“, wurde Paul Wandel ZK-Sekretär für Wissenschaft und Hochschulen, Allgemeinbildende Schulen, Kultur und die „Friedensbewegung“,<sup>99</sup> und der bisherige stellvertretende Leiter, Rudolf Herzog, sein persönlicher Referent. Am 15. September 1953 verabschiedete das Politbüro eine neue „Geschäftsordnung des Zentralkomitees und seines Apparates“, die detailliert die Arbeit festlegte. Der Aufgabenbereich für die Abteilungen umfaßte, neben der Kontrolle aller Beschlüsse, „Auswahl, Verteilung und Erziehung der Kader sowie Anleitung der auf ihrem Gebiet bestehenden Organisationen, Organe und Institutionen hinsichtlich ihrer Arbeit auf dem Gebiete der Auswahl, Verteilung und Erziehung der Kader“, die Anleitung der Bezirks- und Kreisleitungen und die „rechtzeitige und regelmäßige Informierung der Sekretäre des ZK [...] über besondere Erscheinungen positiver und negativer Art bei der Durchführung der Parteibeschlüsse, der Stimmung in den Massen usw.“

Hans Riesner war als neuer Leiter der „Abteilung Kunst, Literatur und kulturelle Massenarbeit“ vorgesehen, falls er als 1. Sekretär in der Bezirks-

leitung Dresden abkömmlich sei.<sup>100</sup> Riesner kam (vorläufig) nicht, dafür erhielt der bisherige Instruktör für kulturelle Massenarbeit, Joachim Mückenberger, den Posten des stellvertretenden Leiters bis 1956,<sup>101</sup> als er auf die Parteihochschule der KPdSU in Moskau delegiert wurde. An seine Stelle trat dann Willi Adam,<sup>102</sup> nach ihm für wenige Monate 1957 Hans Riesner, bevor er als Nachfolger von Stefan Heymann Botschaftsrat in Warschau wurde.<sup>103</sup>

Nach dem 30. Plenum Ende Januar 1957 wurde der Schulbereich wiederum in die Abteilung eingegliedert („Abteilung Volksbildung und Kultur“), und der Sekretär Paul Wandel hatte – ohne Erfolg – als Leiter Erich Wendt vorgeschlagen mit der Begründung, er gehöre „zu den wenigen alten Genossen, die über eine umfassende Bildung und Kenntnis der kulturellen Fragen verfügen. Er hat in seiner langjährigen Tätigkeit bewiesen, dass er es versteht, von einer grundsätzlichen, festen Parteiposition aus ein gutes Verhältnis zu den Intellektuellen herzustellen.“<sup>104</sup>

Die ideologischen Kontroversen künstlerischer und politischer Art, die in diesen Jahren alle Gruppierungen innerhalb der kulturschaffenden Intelligenz, soweit sie sich dem Aufbau der neuen Gesellschaft zur Verfügung gestellt hatte, durchzog, war auch in der Abteilung spürbar. Das seit den späten 40er Jahren schwelende Mißtrauen der Moskau-Fraktion gegenüber den Westemigranten, den ehemaligen Häftlingen und erst recht den in Deutschland gebliebenen Genossen wurde ergänzt durch den Generationen-, d.h. im Kulturbereich den Bildungskonflikt. Denn wer seine Bildung und Ausbildung noch vor dem Krieg erfahren hatte (wie Weimann, Grabowski, Kauffeldt, Heymann, Adam, Rentzsch, Heller u.a.), war nicht so einseitig ausgerichtet wie die Generation der in den zwanziger Jahren Geborenen, die im Schnelldurchlauf die politische Ideologie des Marxismus-Leninismus als ausreichende Grundlage für buchstäblich jede Wissenschaft und Kunst erfahren hatte. Wenn auch in den 60er Jahren die fachspezifischen Kenntnisse auf den Kaderschmieden breiter vermittelt wurden, so änderte dies nichts daran, daß unter den führenden Kulturfunktionären der Partei Kunst und Wissenschaft ausschließlich unter dem Primat des Marxismus-Leninismus nach sowjetischen Vorbild erkannt, erforscht und vermittelt wurden.

Aber unabhängig von akademischer Bildung lassen sich, fest auf dem Boden der Partei stehend, zwei unterschiedliche Haltungen nachvollziehen. Zum einen die autoritären bis diktatorischen Funktionäre,

die Künstler und Kulturschaffende als potentielle Gegner, denen mit Mißtrauen zu begegnen sei, betrachten; innerhalb der gesamten SED waren sie in der Frühzeit sicher in der Mehrzahl, was die häufigen Klagen über den geringen Stellenwert der Kultur nahelegen. Die bevormundende, patriarchale Haltung dagegen sah die Künstler als prinzipielle Partner, die nur „richtig angeleitet“ werden müßten.<sup>105</sup>

Irene Heller gehörte, wenn auch unbeirrt im Einverständnis mit der Partei, zu den Wohlwollenden. Ein Brief an Rudolf Bergander,<sup>106</sup> damals Rektor der Dresdener Kunsthochschule, verweist nicht nur auf das einvernehmliche Verhältnis zu einem Teil der Künstler, sondern einen Monat nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 auch auf die Einschätzung der Lage innerhalb der Abteilung. Unter fast konspirativen Bedingungen – denn Heller schreibt ungeschützt über ihre persönlichen Eindrücke – gelangte der Brief nach Dresden, worin sie die Berliner Situation schildert und spiegelt damit die ambivalente Haltung vieler Genossen im Apparat. Von keinem bildenden Künstler ist bekannt geworden, daß er eine andere Meinung öffentlich geäußert hätte, wie sie Heller an Bergander schreibt: „Um es gleich vorwegzunehmen: Es ist keinerlei Grund vorhanden, irgendwie nervös zu werden und einen Augenblick nur zu glauben, wir würden nun weiche Knie bekommen, von unserem Kampf um den sozialistischen Realismus Abstand nehmen und zum bürgerlichen Liberalismus zurückkehren, weil irgendwer – irgendwo Fehler, und m.E. sogar beachtliche Fehler begangen hat. Die Tatsache, daß es einen Berija gab, ist nicht wegzuleugnen, ebensowenig, dass es einen Slansky gab oder dass bei uns Dahlem bis vor kurzem Mitglied des Politbüros war. Das alles – wie auch alle Fehler die in der bildenden Kunst gemacht wurden (ich meine damit Fehler grundsätzlicher Art) – kennzeichnen doch nur den sich ständig verschärfenden, *unvermeidlichen* Klassenkampf, der also völlig natürlich ist und ohne den es keine Weiterentwicklung gäbe. Natürlich kostet so ein Kampf Kraft und Nerven. Das weisst Du sowohl wie ich. Worauf es also ankommt? Letzten Endes, sich kräftig zu schlagen, alle Fehler offen aufzudecken und auf dem Boden der Partei stehend nicht rückwärts, sondern vorwärts zu schauen. Da liegt also der Punkt, denke ich. Einige Leute meinen jetzt – das ist meine persönliche Meinung, vielleicht deckt sie sich aber mit der Deinen – der ‚Tag der Abrechnung‘ sei gekommen. Sie sprechen von Magritz und meinen die Partei (vielleicht sogar die Sowjetunion). Sie

sprechen von [Ernst] Hoffmann und meinen den Staatsapparat. Ich bin sehr für Revolution – bin aber ebenso sehr gegen Konterrevolution.“<sup>107</sup>

Hier finden sich fast alle parteiischen Stereotypen, die damals als Lösung zum Juni-Aufstand ausgegeben wurden, eingebettet in eine subjektiv ehrliche Überzeugung.

Daß auch Egon Rentzsch nicht zu den Hardlinern der Partei gehört hatte, mag aus dem Bericht von Wolfgang Harich an Grotewohl vom Juli 1953 zu lesen sein, den Heller in ihrem Brief erwähnt, wonach Rentzsch wieder heranzuziehen sei.<sup>108</sup>

Von anderem Kaliber war der stellvertretende Abteilungsleiter, Hans Schlösser. Voller Begeisterung war er im November 1950 mit dem FDGB in der Sowjetunion gewesen und hatte dort die kulturelle Massenarbeit studiert,<sup>109</sup> um sie unempfindlich gegenüber den Problemen der deutschen Kulturschaffenden durchzusetzen. Die Analyse der Arbeit der Deutschen Akademie der Künste vom Juni 1950, trägt, wenn auch eine Kollektivarbeit der Abteilung, seine Unterschrift bzw. Handschrift und endet in der Schlußbemerkung: „Abschließend sei festgestellt, daß der Personalbestand der Akademie in fachlicher Hinsicht recht befähigt ist. [...] Jedoch muß in ideologischer Hinsicht noch viel getan werden. [...] Die Institution der Akademie ist mit zielklarem, zukunftsweisendem Geist zu erfüllen. Hierzu gehört eine straffere Führung durch die Partei und durch den Ministerrat. Die Kunstdiskussion muß in der Akademie erst noch eröffnet und geführt werden. Bei diesen Aufgaben kann von außen nur bedingte Hilfe geleistet werden. Die Lösung der in dieser Analyse aufgezeigten Aufgaben muß schnellstens herbeigeführt werden.“<sup>110</sup> Doch solange Johannes R. Becher lebte, konnte noch mancher Eingriff seitens der Partei verhindert werden.

Von einem „großen Tempoverlust [einem Lieblingswort der Zeit] in der Entwicklung zum Realismus“ sprach Schlösser auch in der scharfen Kritik am Verband bildender Künstler Deutschlands, die im „Neuen Deutschland“ vom 18. März 1952 veröffentlicht wurde. Am 24. März reagierte Otto Nagel, Nationalpreisträger und Vorsitzender des VBKD, mit einem empörten Brief an Rentzsch: „Seit vielen Monaten bin ich ja gesundheitlich nicht auf der Höhe. Vor Weihnachten mußte ich auf Anweisung des Regierungskrankenhauses einen Monat pausieren. Dieses Pausieren war nicht so, wie man es sich gedacht hatte, da Konferenzen, Jury-Arbeiten, etc., an denen ich unbedingt teilnehmen mußte, da hineinfielen. Nun, ich

habe einige Monate durchgehalten, aber auch das Leben eines nichtmalenden Künstler-Funktionärs ist nicht so ganz ruhig und ohne Erschütterungen. Und so ist es denn kein Wunder, daß all diese kleinen und größeren Unannehmlichkeiten, Kämpfe und Angriffe nicht ohne Folgen blieben. So wie eine Lawine durch einen Vogeltritt ausgelöst wird, so gab mir denn der Artikel von Schlösser den Rest, jedenfalls bin ich jetzt fertig. Der Genosse Oberarzt Dr. Dutz vom Regierungs-Krankenhaus hat heute dem ZK mitteilen müssen, daß ich auf längere Zeit ausfalle.“<sup>111</sup>

Durch sein forsches, gleichwohl im strategischen Kalkül der Partei liegendes Auftreten hatte sich Schlösser den Zorn der Künstler zugezogen, was wohl mit ein Grund war, weswegen er gegen seinen Willen, wie er 1957 behauptete, im Juli 1952 die Abteilung verließ.<sup>112</sup> In seinem späteren Bericht an die ZPKK sprach er von „Versöhnlerum“ der gesamten Abteilung und meinte vor allem Rentzsch und Heller; Herzog warf er eine „Vorliebe für kleinbürgerliche Menschen“ vor und verurteilte seine Kaderpolitik bezüglich der Staatlichen Kunstkommission, deren Apparat in das Ministerium übernommen worden war. „Es sind nicht immer ‚Beweise‘, die ich bringen kann“, schrieb Schlösser am 17. November 1957 im Begleitschreiben an Elly Hempel von der ZPKK, „sondern Hinweise, die mir mehr vom proletarischen Instinkt diktiert werden, wobei man oft vom Erscheinungsbild auf das Wesen schließen muß.“<sup>113</sup>

Das 33. ZK-Plenum im Oktober 1957 beauftragte die Zentrale Staatliche Kontrollkommission (ZSKK) und die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK), die Arbeit des Ministeriums für Kultur zu untersuchen, wovon die Abteilung Kultur mittelbar betroffen war.<sup>114</sup> In den zahlreichen Vernehmungsprotokollen mit ehemaligen und gegenwärtigen Mitarbeitern der Abteilung wird, bei allen Vorbehalten gegenüber den Aussagen, doch deutlich, daß die Mitarbeiter der Abteilung, soweit sie nicht völlig unfähig waren, künstlerische Zusammenhänge überhaupt zu verstehen, den berühmten Genossen Künstlerfunktionären wie dem DAK-Präsidenten und späteren Minister Johannes R. Becher, dem Verbandsvorsitzenden Otto Nagel, den renommierten Akademiemitgliedern gegenüber – gewollt oder ungewollt – kaum durchsetzungsfähig waren. Zwar gab es unentwegt kulturpolitische und künstlerische Eingriffe, gleichsam Etappensiege, die „Linie“ allerdings, die Becher und der vor allem um den 17. Juni hervorgetretene Anti-Ulbricht-Flügel der Partei vertraten, konnte nach dem Ungarn-Aufstand

nur durch massive Maßnahmen zurückgedrängt und vorerst mundtot gemacht werden. Nachdem die angst-einflößenden Prozesse gegen Wolfgang Harich (März 1957), Walter Janka, Gustav Just, Heinrich Zögel und Richard Wolf (Juli 1957) bereits mit hohen Strafen abgeschlossen waren, zahlreiche Prozesse gegen Studenten unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden,<sup>115</sup> wurde auf dem 33. Plenum im Oktober 1957 gründlich im Staats- und Parteiapparat aufgeräumt: ZK-Sekretär Paul Wandel wurde wegen des Vorwurfs der „partei feindlichen Fraktionsarbeit“ – gemeinsam mit Schirdewan, Wollweber und Ziller – abgelöst und als Botschafter nach China gesandt.<sup>116</sup> Fred Oelbner bekannte sich zu „seinen in den Jahren 1956–58 begangenen Fehlern“ und wurde im Februar 1958 aus dem Politbüro ausgeschlossen.<sup>117</sup> Die Abteilung Volksbildung wurde dem ZK-Sekretär Hager zugeordnet und Alfred Kurella Leiter der neu gegründeten „Kommission für Fragen der Kultur beim Politbüro der SED“ und in dieser Funktion auch verantwortlich für die Abteilung Kultur, ohne allerdings Sekretär für Kultur zu sein.<sup>118</sup> Endlich hatte man sich auch wieder für einen Leiter der nun nur noch „Kultur“ benannten Abteilung entschieden, den ehemaligen Sektorleiter und jetzigen Kultursekretär der Bezirksleitung Leipzig, Siegfried Wagner.<sup>119</sup>

Auf der Politbürositzung vom 18. März 1958 wurde die Pensionierung von Becher zum 22. Mai 1958, dessen Geburtstag, beschlossen; über dieses Datum allerdings war Becher krank geworden; er starb am 11. Oktober des Jahres.<sup>120</sup>

### III.

#### Die politische Konsolidierung nach 1958

Nach dem Prinzip der Bildung von „Kollegien“<sup>121</sup> faßte auch die Kommission für Fragen der Kultur beim Politbüro Kulturfunktionäre aus allen Sparten, Organisationen und Institutionen zusammen, mit denen dann in regelmäßigen Sitzungen Entscheidungen diskutiert werden sollten. Am 18. Dezember 1958 beschloß das Politbüro die personelle Zusammensetzung<sup>122</sup> unter der Leitung von Kurella; Siegfried Wagner wurde Sekretär der Kulturkommission.

Desweiteren hatte Kurella dafür zu sorgen, daß die Abteilung nun zu einem erfolgreicherem Instrument der Kulturpolitik der Partei wurde. In erster Linie mußte eine neue Arbeitsordnung für die Abteilung aufgestellt und die fehlenden Instruktoren gesucht werden (noch Anfang 1960 waren von geplanten 24 politischen Mitarbeitern nur 13 tätig<sup>123</sup>).



Siegfried Wagner als Leiter einer DDR-Delegation auf dem Sozialistischen Kulturkongress der CSSR in Prag, 1959  
Foto: Bundesarchiv Koblenz, Bild 183 (ehem. ADN-ZB, CTK)

Anfang Januar 1960 hatte Kurella Funktionäre aus den Bezirken Halle (Günter Schröder und Leo Hesse), aus Leipzig (Norbert Mader) und aus Schwerin (Gerhard Rossow) angefordert, aber erst nach mehrmaligen Anfragen bis auf Rossow abschlägige Antworten erhalten.<sup>124</sup> Über die Fluktuation in der Abteilung erfährt man bei dieser Gelegenheit: „Seit 1955 sind aus der Abteilung 18 politische Mitarbeiter aus verschiedenen Gründen ausgeschieden (3 zur Qualifizierung; Besuch des Instituts für Gesellschaftswissenschaften und Bezirksparteischule, 2 für die Arbeit in den Bezirken, 4 nach Durchführung von Parteiverfahren, 2 aus gesundheitlichen und 1 aus familiären Gründen, 1 wegen Republikflucht in der Verwandtschaft und 5 wegen ungenügender Erfüllung der Aufgaben in der Abteilung). Im gleichen Zeitraum kamen nur 3 politische Mitarbeiter neu in die Kulturabteilung.“

Um Arbeitsstil und -methode zu verbessern, hatte im Juni 1959 die Zentrale Revisionskommission eine Überprüfung vorgenommen, deren Ergebnis am 15. Juli vorlag und ausgesprochen negativ ausgefallen war: „Die Ergebnisse der Überprüfung lassen erkennen, daß die geführten Diskussionen zu wenig die eigentlichen Ursachen erforschten und offen behandelten, die zu den Mängeln und Schwächen führten. Dieses Versäumnis mußte dazu führen, daß eine Reihe entscheidender Mängel und Schwächen noch durch die Zentrale Revisionskommission festgestellt wurden. Sie sind vorhanden in der Leitungstätigkeit, in der Kaderarbeit, in der wissenschaftlichen Tätigkeit, in der planmäßigen und vorausschauenden Arbeit, in der Durchsetzung der Beschlüsse und der Kontrolle der Durchführung derselben und im Arbeitsstil.“ Seit der letzten Strukturänderung 1954 (beschlossen im September 1953 im Zusammenhang mit der Bildung des Ministeriums für Kultur) gäbe es keinen den Gegenwartsaufgaben entsprechenden Arbeitsplan, über den neuen Strukturplan diskutiere man seit Mai 1958. Die lang- und kurzfristigen Arbeitspläne der Abteilung wie der Sektoren müßten in Zukunft schriftlich niedergelegt werden, mit Hinweis auf die jeweilige personelle Verantwortlichkeit; die Zusammenarbeit mit Künstlern und Wissenschaftlern müsse verstärkt werden und „die kulturelle Massenarbeit in allen Arbeitsbereichen der Abteilung (Kunst, Film, Literatur usw.) durch geeignete Maßnahmen“ durchgesetzt werden: „Der Kampf gegen noch bestehende Reste der Resorarbeit in der Abteilung und im Apparat des Zentralkomitees ist verstärkt zu führen.“<sup>125</sup>

Die Nachprüfung im Dezember 1960 bestätigte eine „Verbesserung der Leitungstätigkeit und der kollektiven Tätigkeit“. „So hat die Abteilung aus den Schlußfolgerungen der Parteidelegation, die in der Sowjetunion die Parteiarbeit studierte, das territoriale und funktionale Prinzip in ihrer Arbeit angewendet und bessere Ergebnisse dabei erreicht. Jeder Mitarbeiter ist für sein Aufgabengebiet und gleichzeitig für einen Bezirk in der Republik verantwortlich. Das hat den Vorteil, daß die Genossen der Abteilung einen komplexen Überblick über die gesamte Kulturarbeit erhalten. Das gleiche trifft auch zu auf die Anleitung des Staatsapparates und der Massenorganisationen.“<sup>126</sup> Die Verbindung zu den Bezirken sei aber noch durch mangelhafte Information untereinander unbefriedigend. Zu einem der Hauptprobleme der Zeit vermerkt der Bericht: „Die Republikflucht bei den Kulturschaffenden hat keine organisierten Formen angenommen. Es gibt nur eine Konzentration von Republikflucht in den Staatlichen Museen zu Berlin, wo Wissenschaftler in stärkerem Maße republikflüchtig geworden sind.“ Die Flucht konzentrierte sich vor allem auf Chorsänger, Orchestermitglieder und Ballettpersonal, was seine Ursache darin habe, „daß hier die tarifliche Regelung nicht in Ordnung ist“.<sup>127</sup>

Langjähriger Diskussionspunkt war die Frage der organisatorischen und damit auch inhaltlichen Einbindung der Kulturellen Massenarbeit in die Kulturpolitik und damit in die Arbeit der Abteilung. Obwohl von Beginn an eine Zielsetzung sozialistischer Kultur, wurde der Begriff erstmals und nur 1953 im Abteilungsnamen offiziell. Bereits seit 1948 wurde mehrfach darauf gepocht, daß „Kulturaufgaben keine Ressortangelegenheit oder solche zweiten oder dritten Ranges“<sup>128</sup> seien, und der Bericht der Revision mahnte ebenfalls „Reste der Ressortarbeit in der Abteilung und im Apparat“ an, was immer auch darauf hinweist, daß die Volks- bzw. Laienkunst und die „richtige“ Kunst zwei nicht miteinander verbundene Arbeitsgebiete waren. Mückenberger, zuständig für die kulturelle Massenarbeit in der Abteilung, hatte 1955 Vorschläge für das Politbüro ausgearbeitet, die sich auf die Auswertung einer Studiendelegation in die Sowjetunion bezogen, wo es keinen eigenen Sektor für Massenarbeit gäbe. „weil diese Aufgaben von jedem Instrukteur der Abteilung verwirklicht werden“.<sup>129</sup> Für die eigene Arbeit schlug er allerdings vor: „Wir sind der Meinung, daß das Ziel für uns das gleiche ist, aber gegenwärtig unser Sektor Kulturelle Massenarbeit bestehen bleiben muß, weil die entscheidende Voraus-

setzung, daß bei allen Instrukteuren die Kulturelle Massenarbeit ein Teil ihrer Arbeit ist, bei uns noch nicht gegeben ist. Unser Sektor wird deshalb beauftragt, stärker mit den Abt. Landwirtschaft, Wissenschaft und Propaganda zusammenzuarbeiten.“ 1957 ergab ein Gespräch der ZPKK in der Kulturabteilung: „Die Linie im Ministerium bestehe in der Hauptsache darin, dass man daran arbeite, die Qualität unserer Kunst zu verbessern. Die Abteilung beim ZK sei dagegen der Auffassung, dass es in erster Linie um die Entwicklung der sozialistischen Kunst ginge und dass dabei auch die Qualität entwickelt werden müßte.“<sup>130</sup> Das Ministerium unter Johannes R. Becher hatte sich als Propagandist der „hohen“ Kunst, d.h. vor allem der klassischen deutschen Kunst verstanden, während die Partei und ihr Ausführungsorgan Kulturabteilung sich um die Volkskunst kümmern sollte, eine Aufteilung, die dem Ziel der Integration aller kulturellen und künstlerischen Äußerungen im Sozialismus widersprach.

Mit Alfred Kurella<sup>131</sup> hoffte man nun einen Funktionär eingesetzt zu haben, der die Massenarbeit auf das von vielen Funktionären gewünschte Niveau der sowjetischen Kultur bringen würde. Auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 sprach er das künftige Konzept an, „in allen Künsten in wachsendem Maße die organisierte Arbeiterschaft sowohl als Kritiker, ja, als Helfer und Anreger heranzuziehen. Wir erschließen ihr Leben, ihre Gedanken- und Gefühlswelt für die Künste.“<sup>132</sup> Denn „es hat sich gezeigt, daß wir in Zukunft mit den Organisationsformen, die das bürgerliche Kulturleben gezeigt hat und die wir mehr oder weniger übernommen haben, nicht mehr auskommen. [...] Es genügt auch nicht, einfach diese Zahl der Einrichtungen zu vermehren. Wir müssen neue Wege, neue Formen suchen“, und er erinnerte an die „großen Traditionen unserer politischen Dichtung und der Agit-Prop- und Spielgruppen“.<sup>133</sup> In der Folge beschloß der Bundesvorstand des FDGB am 24. Juli 1958, jährliche Arbeiterfestspiele auszurichten, die erstmals im Juli 1959 in Halle stattfanden. Wenige Monate zuvor, im April 1959, war die 1. Bitterfelder Konferenz unter dem Motto „Greif zur Feder Kumpel, die sozialistische Nationalkultur braucht dich!“ der Beginn einer weitgespannten und ehrgeizigen kulturpolitischen Initiative unter der wesentlichen Ägide von FDGB und FDJ, denen gegenüber die Arbeit des VBKD den Pol der sogenannten hohen Kunst bildete; damit waren beide kulturellen Felder organisatorisch differenziert. Mit der Verlagerung eines Herzstücks

sozialistischer Ideologie – der Entwicklung einer eigenständigen Massenkultur – in den Funktionsbereich der Gewerkschaften,<sup>134</sup> auch wenn sie natürlich weiterhin von der Kulturabteilung des ZK „angeleitet“ wurde, war doch eine Trennung zwischen der Hochkultur und dem „künstlerischen Volksschaffen“<sup>135</sup> vollzogen. Folgerichtig wurde der zuständige Sektor Ende der 60er Jahre umbenannt in „Grundsatzfragen und Leitung kultureller Prozesse“.<sup>136</sup> Als Reflex auf die westdeutschen Ruhrfestspiele in Recklinghausen nahmen die Arbeiterfestspiele Ideen einer sozialdemokratischen Gewerkschaftskultur auf. Aber im Unterschied zur Bundesrepublik bestand formal weiterhin die Gleichwertigkeit aller künstlerischen Äußerungen, die sich durch das Primat der politischen Aussage ergab, und infolgedessen waren Werke aus beiden Bereichen gleichgewichtig auf allen Ausstellungen zu finden.<sup>137</sup>

Der neue Strukturplan, über den seit Mai 1958 diskutiert wurde, lag im Februar 1960 in einem dann nicht bestätigten ersten Entwurf vor.<sup>138</sup> Vorgesehen waren die drei Sektoren „Kulturelle Massenarbeit“, „Kunst und Literatur“ sowie „Kulturpropaganda und Agitation“ mit Arbeitsgruppen für die einzelnen Kunstsparten und einer Arbeitsgruppe „Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung von Kulturfunktionären“. Das Schwergewicht der Arbeit hätte demnach auf dem politisch-propagandistischen Teil der Kulturpolitik gelegen, und die für jeden Sektor angeführten Institutionen und Verbände einschließlich der Ministerien für Kultur und des Innern mit den betreffenden Abteilungen lassen vermuten, daß sich die Arbeit der Kulturabteilung weiter in Detailproblemen erschöpfen würde – eine seit langem angemahnte Kritik. Auf der Sekretariatssitzung Ende August 1961 war der Vorschlag eingereicht worden,<sup>139</sup> der dann, gekürzt um eine Instrukteursstelle, am 4. Oktober 1961 bestätigt wurde. Es gab jetzt nur noch zwei Sektoren – „Kunst und Literatur“ sowie „Kulturelle Massenarbeit“, denen Arbeitsgruppen zugeordnet waren, neun politische Mitarbeiter sollte der Kunstsektor erhalten, sieben die Kulturelle Massenarbeit. Dem Abteilungsleiter direkt unterstellt waren der Instrukteur für die Arbeit nach Westdeutschland, zugleich zuständig für die „komplexe Anleitung in allen Kulturfragen“ im Bezirk Frankfurt/Oder und der Instrukteur für Feiergusaltung und den Bezirk Suhl. Verantwortlich für Rostock war der Sektorleiter Kulturelle Massenarbeit, weitere Bezirke sind nicht angeführt. Die Instrukteure für bildende Kunst, Musik und Film waren in der Arbeitsgruppe

Theater angesiedelt. Die Zuständigkeiten – Museen, Fachzeitschriften, Institut für Bibliothekswesen, Kunst-, Hoch- und Fachschulen, Kulturschulen der Massenorganisationen und des Staatsapparates, Deutsche Konzert- und Gastspielführung – waren summarisch aufgezählt, die heiklen Stellen, nämlich Akademie und Kulturministerium, waren hier nicht mehr genannt. In den ZPKK-Untersuchungen von 1957 war das Problem mehrfach zur Sprache gekommen: „Genosse Wandel hatte eine solche Linie entwickelt, dass die Anleitung nur vom Sekretär des ZK über den Minister – Mitglied des ZK – gehen könnte und dass die Fachabteilung beim ZK nicht die Parteiorganisation, sozusagen gegenüber dem Minister von unten, anleiten könne. Daher habe es auch keine politische Anleitung durch die Abteilung für die Parteiorganisation im Ministerium gegeben.“<sup>140</sup> Organisation als Ausdruck von Macht- und Hierarchiebewußtsein – an dieser Stelle wird deutlich, was Grabowski schon 1948 festgestellt hatte, daß sich nämlich die Leitungsebene der Verwaltung, die Minister, nicht durch die Funktionäre der Abteilung bestimmen ließen.

In der endgültigen Fassung vom Oktober 1961 waren die unterstellten Kulturbereiche nicht mehr genannt.<sup>141</sup> Dafür wurde im einleitenden allgemeinen Teil des Beschlusses der generelle Aufgabenbereich des ZK-Apparates benannt. Als „Instrument der Parteiführung“ erarbeite er die „wissenschaftliche Vorbereitung der Beschlüsse für die Parteiführung“, „organisiere“ deren Kontrolle und durch „ein umfassendes System der Kontrolle der Tätigkeit der nachgeordneten Parteiorgane, der Parteiorganisationen der zentralen staatlichen Organe und Institutionen der Staatsmacht sowie der zentralen Leitungen der Massenorganisationen sichert er die Durchführung der Beschlüsse und Weisungen der Parteiführung“. Mit dieser Aufgabenbeschreibung war der ZK-Apparat als „Instrument“ im „Kampf um eine marxistisch-leninistische Partei“ nach dem Bau der Mauer vorerst konsolidiert. Die „wissenschaftliche Vorbereitung“ wurde nun zu einem festen Leitbegriff der politischen Arbeit des Apparates, der, da inzwischen alle neuen Kader mehrjährige Studien absolviert hatten, allmählich auch den geforderten Anspruch einlösen konnte. Gemeint war damit die Ausarbeitung übergreifender und in die Zukunft weisender Aufgaben auf der Basis marxistisch-leninistischer Forschung.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre ist der Personalplan der Abteilung unübersichtlich. Von den

Instrukteuren, die 1953 angestellt waren,<sup>142</sup> waren 1961 außer Joachim Mückenberger, der 1959 wieder stellvertretender Abteilungsleiter geworden war und Gretel Knapp, nur neue Mitarbeiter in der Abteilung. Sektorenleiter waren der Wirtschaftswissenschaftler Dieter Heinze für Kunst und Literatur und Willi Adam für Kulturelle Massenarbeit. Im September 1961 kam Klaus Weidner für die bildende Kunst direkt vom Institut für Gesellschaftswissenschaften. Nachfolger des Stellv. Leiters Mückenberger wurde im Herbst 1961 Günter Schröder, im Herbst 1963 Heinze.<sup>143</sup>

Alfred Kurella konnte sich nur bis Ende 1962 halten, dann hatte er die meisten Künstler und Kulturfunktionäre gegen sich aufgebracht mit einem starren, den veränderten Verhältnissen nicht gerecht werdenden Kulturverständnis. Als Höhepunkt seiner verhärteten Position kann die Kulturkonferenz vom April 1960 gelten, in dessen Präsidium neben Ulbricht, dem Kulturminister Abusch und dem 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin, Paul Verner, zahlreiche Aktivistinnen und Brigadisten saßen und als Vertreter der bildenden Künstler Heinrich Witz die Hauptrolle spielte.<sup>144</sup> Wer auch immer wen boykottierte, das war ein Machtkampf, den Kurella verlor.<sup>145</sup>

Die letzte Sitzung der Kulturkommission war im Dezember 1962. Auf dem VI. Parteitag im Januar 1963, auf dem Ulbricht die Kulturpolitik heftig kritisierte,<sup>146</sup> gab Kurella Fehler der Arbeit der Kulturkommission zu: Dem Bestehen der Künstler auf „künstlerischem Niveau“, auf „Weltniveau“ sei nicht genügend entgegengetreten worden mit der Forderung nach „Parteilichkeit der Kunst“.<sup>147</sup> Die alte Kontroverse hatte ihre Begriffe verändert, das Problem war dasselbe, nur daß unter „Parteilichkeit der Kunst“ entscheidende Kulturfunktionäre wie Hager inzwischen etwas anderes verstanden als Kurella und Ulbricht.

Auf der 1. ZK-Tagung im Januar 1963 wurde Kurt Hager Mitglied des Politbüros, und mit ihm war erstmals ein Kulturfunktionär im Politbüro; Kurella dagegen, bisher Kandidat, schied, versehen mit einer Ehrenpension, aus.<sup>148</sup> Im gleichen Jahr kamen als neue Abteilungsleiter Gerd Rossow für die Kulturelle Massenarbeit und Arno Röder für Kunst und Literatur.

Hager, wie Honecker im Jahr 1912 geboren, gehörte von Anfang an und, soweit bisher bekannt, ohne Zwischenfälle (obwohl es einige Krisen gab), zum engen Kreis der Kaderelite, die für die künftigen Aufgaben langsam und kontinuierlich gerüstet wurde und bis 1989 den Kern der Parteidektatur bildete. Bereits als Abteilungsleiter Parteischulung/Propaganda

wurde er 1950 Kandidat<sup>149</sup>, 1954 Mitglied des ZK; im April 1955 Sekretär für Wissenschaft, 1957 für Volksbildung; im Juli 1958 Kandidat und im Januar 1963 Mitglied des Politbüros. In späteren Jahren war er auch noch für Bereiche des Gesundheitswesens, soweit sie unter die Wissenschaft fielen, verantwortlich. In Kunstdebatten ließ sich Hager, der Gesellschaftswissenschaftler, gar nicht erst ein, auch nicht, nachdem er 1963 die Nachfolge von Kurella angetreten hatte. Während Kurella, soweit es ihm gelang, durchaus den Kontakt zu „seinen“ Künstlern suchte und pflegte (für Tübkes Entwicklung etwa setzte er sich nachdrücklich ein, mit anderen „sozialistischen“ Künstlerinnen und Künstlern wechselte er ausführliche Briefe), vertrat Hager „nur“ und ausschließlich mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht die „ideologisch richtige Linie“. Insofern war er der richtige Funktionär für die auf dem VI. Parteitag im Januar 1963 beschlossene einschneidende Strukturveränderung, die entscheidend für die Arbeit der folgenden Jahre wurde: Das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL) in der Volkswirtschaft. Die Arbeit der Parteiorgane wurde nun nach dem Produktionsprinzip aufgebaut, was im Endeffekt die fachliche Kompetenz in den Parteileitungen gegenüber der politischen stärkte. Leitungsinstrument von Hager wurde die 1960 gebildete und jetzt aufgewertete Ideologische Kommission beim Politbüro, die die bisherigen Aufgaben der Kulturkommission übernehmen sollte; diese wurde aufgelöst.<sup>150</sup> Die Mitglieder der Ideologischen Kommission setzten sich nun aus Funktionären des Apparates zusammen, mit jeweils aus den Institutionen geladenen Gästen. Hager war außerdem der erste Kulturfunktionär des ZK, der den notwendigen Machtanspruch besaß, um sich gegenüber den staatlichen Verwaltungen und den vielen, ihm bzw. der Ideologischen Kommission unterstellten Institutionen, durchsetzen zu können.

Auf einer Januar-Sitzung des Politbüros, auf der die ersten Maßnahmen getroffen wurden, das Neue System der Planung und Leitung einzuführen, zu diskutieren und zu propagieren, gehörte die Ideologische Kommission in die Reihe von neugebildeten Kommissionen, von deren Aufgabe es hieß: sie befäßt sich mit Theorie und Gesellschaftswissenschaften, dem Bildungssystem, „Inhalt, Formen und Methoden der ideologischen und propagandistischen Arbeit, einschließlich der Tätigkeit der Parteischulen“ und – zuletzt – mit „Fragen der Kultur, der kulturellen Institutionen und Organisationen“.<sup>151</sup> Die eigentliche

Arbeit wurde in die Verbände und Massenorganisationen verwiesen, wo an den Schaltstellen die Vertrauensleute der Partei saßen und man sich auf die Arbeit der nun etablierten Parteileitungen verlassen konnte.<sup>152</sup>

Nach dem Eklat auf dem V. Kongreß des VBKD im März und nach der 2. Bitterfelder Konferenz im April 1964 geriet die Kulturabteilung und mit ihr die Kulturpolitik in heftige Kritik. Eine Arbeitsgruppe „zur Ausarbeitung der Fragen, die sich aus der Anwendung des Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in den kulturellen Bereichen und Einrichtungen“ ergeben, wurde eingesetzt<sup>153</sup> und deren Ergebnis endgültig am 26. Januar 1965 vom Politbüro verabschiedet, nachdem eine Delegation der Kulturabteilung mit Siegfried Wagner, Gerd Rossow und Franz Hentschel nach dem Sturz von Chruschtschow in der SU gewesen war.<sup>154</sup> Die Kulturabteilung hatte nun für die Durchführung der großen Linie und deren Kontrolle zu sorgen, was die



Das Komitee zur VIII. Deutschen Kunstausstellung der DDR, Aufnahme während der Konstituierung am 23.8.1976. Von rechts: die Vorsitzenden Willi Sitte, Präsident des VBK-DDR, Hans-Joachim Hoffmann, Minister für Kultur, Ursula Ragwitz, Leiterin der Abt. Kultur des ZK der SED, Werner Rackwitz, Stellv. Minister für Kultur, und Waldemar Verner, Stellv. Minister für Nationale Verteidigung. Foto: Bundesarchiv Koblenz, Bild 183 (ehem. ADN-ZB, Stark)

„ständige wissenschaftliche Analyse der kulturell-künstlerischen Entwicklungsprozesse, der ideologischen Lage unter den Künstlern und Kulturschaffenden, besonders in den Parteiorgan[isationen]“ erfordere.<sup>155</sup> Ein „Perspektivplan“ bis

1970 und langfristige Arbeitspläne wurden erstellt, in denen die anstehenden Themen aufgegriffen und delegiert wurden.<sup>156</sup> Aufgabe der Kulturabteilung war es dann, die in Beschlüsse umgesetzten Anweisungen (meist durch das Zentralsekretariat) in ihrer Ausführung und ihrem Ergebnis zu kontrollieren. Als Abteilungsleiter folgten 1967 Dr. Arno Hochmuth, 1971 der spätere Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann, 1973 Dr. Peter Heldt und 1976 Ursula Ragwitz, die bis zum Ende der DDR die ausführende Hand ihres Sekretärs Hager war.

Kultur erhielt einen neuen Stellenwert in der Politik, da sie nun seitens der Funktionäre, gewissermaßen versachlicht gegenüber allen Resten „bürgerlicher“ Vorstellungen einer künstlerischen Autonomie, selbst ein Produktionszweig innerhalb der Volkswirtschaft wurde, Kunst produzierte Ideologie. Der Normenplan „Sozialistischer Realismus“ war im Verständnis der Partei zu dieser Zeit festgeschrieben, eingebunden und vielfältig kontrollierbar.

Was die Kulturabteilung an „Kontrolle“ jetzt nicht mehr leisten konnte, ging in den Aufgabenbereich des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) über, das seit Ende der 50er Jahre und dann verstärkt in den 60ern das Spitzelsystem unter die Kulturschaffenden gebracht hatte.<sup>157</sup> In der konstituierenden Sitzung der Ideologischen Kommission am 4. Februar 1963 verwies Hager kaum verschlüsselt auf diesen Arbeitsbereich: „Die Ideologische Kommission wird ihre Arbeit nur dann richtig durchführen können, wenn wir uns ständig eine exakte Einschätzung der politisch-ideologischen Entwicklung in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung in den Bezirken, in den wichtigsten Betrieben, in wissenschaftlichen Instituten, Künstlerverbänden usw. verschaffen, wenn wir sorgfältig alle Argumente analysieren und gemeinsam mit den Büros für Landwirtschaft sowie mit der Agitationskommission die Argumentation ausarbeiten.“<sup>158</sup> Mit Befehl 211/64 wurde im März 1964 die für den gesamten Kulturbereich zuständige Hauptabteilung XX des MfS eingerichtet, deren künftige Tätigkeit in den Ausführungen Hagers teilweise beschrieben ist und die mit ihren Abteilungen die Aufgabe hatte, den „gesellschaftlichen Überbau“ zu „sichern“.<sup>159</sup> Was für die Literatur festgestellt wurde, galt auch für die bildenden Künstler: „In den sechziger Jahren wandelte sich das bis dahin eher distanzierte Verhältnis des MfS zu Kunst und Literatur grundlegend. Sein anfänglich nur sporadisches Interesse wich einer zunehmenden Aufmerksamkeit, die sich speziell auf das Geschehen im Literaturbetrieb richtete; es forcierte eine ‚unsichtbare Front‘ im Innern und fungierte fortan verstärkt als Wächter und Büttel der Kulturpolitik der SED.“<sup>160</sup> In dem Maße, wie sich das Interesse der Staatssicherheit an den Künstlern und Kulturschaffenden steigerte, sind ihre Akten für den heutigen Forscher zunehmend informativ und aufschlußreich, denn was im Land wirklich „los“ war, erfahren wir teilweise eindrucksvoller, soweit es schriftliche Hinterlassenschaften betrifft, aus der Forschungsabteilung der Gauck-Behörde als aus den Akten der Kulturabteilung des ZK, die dagegen immer mehr nur noch die „amtlichen“ Verlautbarungen und Schönreden bergen.

## Anmerkungen

- 1 Zit. n. Paul Verner: Maßnahmen zur Verbesserung der organisatorischen Arbeit der Partei. Entscheidung des Parteivorstandes auf der 26. Tagung des ZK, 2.-3.6.50, s. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden SAPMO-BArch) DY 30/IV 2/1/81.
- 2 Grundlage der Arbeit ist das ehemalige Parteiarchiv der SED, heute Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, dessen Bestände erstmals der Öffentlichkeit ohne Einschränkung zur Verfügung stehen.  
Literatur zum organisatorischen Aufbau der Partei gab es vor Mitte der 80er Jahre nur aus parteiinterner Feder und unzugänglich für die Öffentlichkeit. Sie referierten die Parteiorganisation ausschließlich aus der Sicht der Zielsetzung der Partei zu einer marxistisch-leninistischen „Kampfpartei“: Erich Woitinas: Die Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der SED in den Jahren 1946 bis 1950. Humboldt-Universität Berlin, Diplomarbeit 1965. - Günter Uebel, Erich Woitinas: Die Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der SED in den Jahren 1946 bis 1954. Berlin, Oktober 1966. - Erich Woitinas, Walter Geder: Die Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der SED vom IV. bis VI. Parteitag (1954 bis 1963). Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED - Zentrales Parteiarchiv, Oktober 1970: alle Arbeiten als unveröff. und ehem. gesperrte Manuskripte in der Bibliothek der Stiftung zugänglich. Woitinas war Archivar des Zentralen Parteiarchivs der SED im Institut für Marxismus-Leninismus. Im Westen erschienen 1954 und erweitert 1957 ein auf den veröffentlichten Parteidokumenten basierendes, gut informiertes, im Stil des Kalten Krieges abgefaßtes Buch von der späteren Ulbricht-Biographin (1963) Carola Stern: Die SED. Ein Handbuch über Aufbau, Organisation und Funktion des Parteiapparates. [Köln, Verlag für Politik und Wirtschaft, 1954]. Enthält auch Namen mit biographischen Kurzangaben. - Nach der Wende 1989 erschien von dem seit Jahren auf diesem Gebiet forschenden Gesellschaftswissenschaftler Gerd Dietrich: Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945-1949. Mit einem Dokumentenanhang. Bern, Berlin, Frankfurt a.M., New York, Paris, Wien 1993. - Vgl. auch Monika Kaiser: Die Zentrale der Diktatur - organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Berlin 1993, S. 57-86.
- 3 Gerd Dietrich: Erste zentrale Arbeitstagung der SED im Juni 1946, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), Berlin (Ost) 25.1983, H. 4, S. 561-572. Die Tagung fand am 5.-8.6.46 im ersten Haus der Parteihochschule „Karl Marx“ in Liebenwalde statt. - Verweisen sei aber auch auf die Möglichkeit der kleinen Wandlungen in den späten Jahren, wenn derselbe Autor zwei Jahre später eine historisch korrektere Sicht veröffentlichen konnte, s. Anm 16.
- 4 Zum Aufbau der Verwaltungsapparate s. den Beitrag von Angelika Reimer in dieser Publikation.
- 5 Dietrich 1993, s. Anm. 2, S. 111, 135.
- 6 Ackermann, geb. 1905, war am 1. Mai 1945 zusammen mit Hermann Matern in der Initiativgruppe Sachsen aus Moskau nach Berlin zurückgekehrt, während Meier, geb. 1889, im sozialdemokratischen Widerstand tätig gewesen und aus dem KZ Sachsenhausen befreit worden war (s. Biographien).
- 7 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1/2: 2. Tagung des PV, 14.-15.5.46.
- 8 Paul Lenzer (1884-1955) gelernter Lithograph, war seit 1902 SPD-Mitglied; nach 1945 Mitarbeiter und später Direktor der Parteihochschule »Karl Marx«, von wo er Ende 1949 um Abberufung bat und von der Partei an das Marx-Engels-Lenin-Institut (MEL) versetzt wurde. - Zu Naas s. Wer war wer in der DDR, 1995; zu den anderen Personen s. die Biographien im Anhang.
- 9 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/10, Bl. 1: Arbeitsplan für die Abteilung Kultur und Erziehung, 9. Mai 1946.
- 10 S. Anm. 7; den Personalmangel benannte hier schon Franz Dahlem in seinem Bericht über die aufzubauende Personalabteilung: die ent-

- sprechenden Kräfte zu finden, sei „weder bei der früheren kommunistischen Partei noch bei der früheren sozialdemokratischen Partei“ möglich, was aber weniger an der Zahl gelegen haben kann, sondern an der Furcht vor „faulen Elementen, Karrieristen und feindlichen Elementen“. Der Mangel an im Sinne der SED geeigneten Mitarbeitern und Kadern hielt bis weit in die 50er Jahre an; erst dann war eine junge, nach dem Krieg geschulte Generation von Genossen für das Berufsleben bereit.
- 11 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/172, Bl. 1-3, Dokument Nr. 21 bei Dietrich 1993, s. Anm. 2.
  - 12 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/9, Bl. 2-3.
  - 13 S. Anm. 7, Bd. 3, Bl. 5-8: Beschluß - Politische Bildungsabende für die Mitglieder der SED, Mai 1946.
  - 14 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/31, Bl. 16-17: Schreiben der Abteilung Kultur und Erziehung des ZK an alle Landes-, Provinzial- und Bezirksleitungen der SED, Juli 1946.
  - 15 Vgl. Gerd Dietrich, Der zentrale Kulturausschuß der SED 1946-48, in: BzG 27.1985, H. 1, S. 55-64. Hier verweist Dietrich auf „die in die Einheitspartei eingebrachte positive sozialdemokratische Tradition und Erfahrung“ (S. 56).
  - 16 S. Anm. 7, Bd. 2, Bl. 32.
  - 17 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 3. - Vgl. Zentraler Kulturausschuß der SED. Mitteilung über die Gründung des Kulturausschusses der SED in Berlin, in: Neues Deutschland, 10.7.46, Abdruck in: Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Dokumente 1945-1949. Zusammengestellt und eingeleitet von Gerd Dietrich. Berlin (Ost) 1983, S. 165f.
  - 18 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 1-2: „Kulturausschuß der SED“, unbez., s. Dokument am Ende des Beitrags. - Weitere und umfangreichere Listen vom Februar 1947 (Bl. 142-144) und Dezember 1947 (Bl. 149-152 bzw. 153-54).
  - 19 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 4.
  - 20 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 8: Karl Schulze, Dr. Alfred Kauffeldt, Matthäus Klein, Rudolf Böhm, Alfred Werner, Bernhard Benedik, Ernst [Pernkopf] [Kulturbund], Otto Meier, Erwin Marquard, Walter Maschke, Edith Baumann, Karl Fugger, Erich Kürschner, Paul Neumann, Paul Lenzer, Walter Freund, Willy Gensch, Max Grabowski, Karl Sothmann, Richard Schallock, Max Kreuziger, Adolf Buck, Herbert Volkmann, Paul Wandel, Ernst Wildangel, Dr. Wilhelm Heise, Prof. Dr. Robert Rompe, Hans Klering, Richard Henneberg, Günther Krüger (KPD Essen), Rosenberg (für Genossen Bruno Baum, Landesverband SED, Abt. Kunst und Erziehung), Helga Walch-Hoeffken, Dr. Josef Naas, Richard Weimann, Arthur Rackwitz (Pfarrer, Berlin-Neukölln).
  - 21 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.1/70: Zentralsekretariats (ZS)-Sitzung vom 3.3.47.
  - 22 Weitere Tagungen nachweisbar in den Sitzungen des ZS vom 6.5.47, 13.5.47, 19.5.47 und 23.7.47.
  - 23 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 157: die Einladung datiert vom 26.6.46. - Zur Arbeitsgemeinschaft bildender Künstler in der SED s. den Beitrag von Jens Semrau in dieser Publikation.
  - 24 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 158-160: „Bericht über die Konferenz der bildenden Künstler der SED am 5.7.1946. Einberufer: Abteilung 'Kultur und Erziehung', Referat Bildende Kunst, Teilnehmerzahl: 22 Künstler, ferner Dr. Nikisch vom Kulturbund, Alex Vogel von der Gewerkschaft 17.“
  - 25 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 158-160.
  - 26 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 165.
  - 27 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 164. - vgl. ebda Bl. 189-190: die Liste der Mitglieder der Kommission Bildende Kunst vom Dezember 1947; außer den oben Genannten waren das die Maler und Grafiker René Graetz, Heinrich Drake, Werner Laux, Alex Lice-Neßlinger, Ferdinand Friedrich, Hermann Bruse, Otto Nagel, Herbert Sandberg, Arno Mohr, die Bildhauer Ruthild Hahne und Heinz Wornie sowie Dr. Gerhard Strauss (DVV), Graf von Brockdorff (sic), Johannes Wüsten (Zeitschrift „bildende Kunst“) und Heinz Lüdecke (Redakteur „Berliner Zeitung“), Schiller (Chefarchitekt der DEFA), Walter Heisig (Landesregierung Potsdam), Hinze („Jim Hause“) und Dr. Karnatzki (DVV).

- 28 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.1/70, ZS-Sitzung vom 3.3.47. - SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/109, Bl. 1-2: Richtlinien.
- 29 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/172, Bl. 8-9: Richtlinien.
- 30 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/61, Bl. 417-423: Rundschreiben.
- 31 Das 13. Plenum im September 1948 begann damit, die offizielle Verkündung geschah erst auf dem III. Parteitag im Juli 1950 und auch der Beschluß zur offiziellen Auflösung der Arbeitsgruppen erfolgte erst in der Sekr.-Sitzung vom 12.3.50. - Die Begründung zur Auflösung gab Heymann, der mit ihnen in Thüringen indes gute Erfahrungen gemacht hatte und sie wohl erhalten wollte, indirekt bereits im Oktoberheft 1949 der Parteizeitschrift „Neuer Weg“; Gefährlich sei die „Tendenz, die Arbeitsgruppen zu einer Sonderorganisation innerhalb der Partei zu entwickeln“, ihre Aufgabe läge vielmehr „ausschließlich auf ideologischen Gebiet“, um „mit gutem marxistischem Wissen ausgerüstet in den demokratischen Organisationen [...] zu diskutieren und dadurch den Einfluß unserer Partei zu verstärken“; Stefan Heymann, Gefahren der Isolierung in den Arbeitsgemeinschaften unserer Intellektuellen. In: Neuer Weg 1949, H. 10.
- 32 Tagesspiegel, 21.3.47 und Kunstamt Steglitz, Archiv X/57.
- 33 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/10, Bl. 30-35: Arbeitsplan der Abteilung Kultur und Erziehung beim ZK der SED; aus dem Zusammenhang ergibt sich die Datierung auf das 2. Quartal 1947.
- 34 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/69, Bl. 1-3. - Zur gleichen Zeit, im August 1947, wurde mit sowjetischer Lizenz die Volksbühnenorganisation wiederbelebt, die vergleichbare Ziele verfolgte wie die geplante Gesellschaft.
- 35 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 66-78: Protokoll 16.5.47.
- 36 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 82-87: Protokoll 27.6.47.
- 37 Im Januar 1947 genehmigte die Partei die Gründung des Verlags „Bildende Kunst“ und erlaubte, daß die Parteikasse die Gesellschaftereinlage für Lizenzträger und Herausgeber Oskar Nerlinger und für Max Grabowski bereit stellte; der zweite Lizenzträger und Herausgeber, Karl Hofer, steuerte seinen Anteil selbst bei, der für jeden RM 7000,- betrug; Nerlinger und Grabowski unterschrieben einen „Revers als Treuhänder der SED“, vgl. SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.1/62, ZS-Sitzung vom 29.1.47.
- 38 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/172, Bl. 20-22: „Leitsätze für die künstlerische Gestaltung des Parteilebens“, Januar 1948.
- 39 Der Verband Bildender Künstler Deutschlands gründete sich 1950 als Teil des Kulturbundes und 1951 als eigenständiger Verband.
- 40 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.1/135, ZS-Sitzung vom 1.10.47: Ackermann begründet die Zusammenlegung.
- 41 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.1/137, ZS-Sitzung vom 6.10.47; auch in SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/9, Bl. 9-10. - In einer Januar-Sitzung des ZS war Stadtrat Otto Winzer neben Weimann als „gleichberechtigter Abteilungsleiter“ vorgesehen (SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.1/57).
- 42 S. Anm. 2, Woitinas 1965.
- 43 Dietrich 1993, S. 156, s. Anm. 2. - Der die Kultur betreffende Diskussionsprozeß zog sich von der 7. ZK-Tagung am 11. und 12.2.48 mit ihrer Entscheidung zu „Intellektuelle und Partei“ über den Ersten Kulturtag der SED im Mai im Berliner Admiralspalast bis zu der Tagung der SED-Künstler und Schriftsteller am 2. und 3.9.48 in Kleinmachnow hin, begleitet von Landeskulturtagungen.
- 44 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/61, Bl. 6-31: Arbeitstagung 7.-9.9.48, stenografisches Protokoll, Referat Ulbricht.
- 45 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/61, Bl. 1-5: Rede Weimanns; W. bezog sich auf die Tagung der SED-Künstler und Schriftsteller wenige Tage zuvor in Klein-Machnow, auf der diese Kulturaktivisten beschlossen wurden.
- 46 S. dazu den Beitrag von Angelika Reimer in dieser Publikation.
- 47 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/9, Bl. 11-15.
- 48 Dietrich 1993, S. 137, s. Anm. 2. - vgl. auch „Von 40 blieben nur noch 3. Was wurde aus den Sozialdemokraten des ersten Parteivorstandes?“, in: Berliner Stimme, 21.5.65.
- 49 Um den Stellenwert zu ermesen, sei angemerkt, daß der aus der Partei verstoßene Karl Schirdewan 1958 sein Nachfolger wurde:

- Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik. Berlin 1994, S. 148.
- 50 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.1/263: Sitzung des Kl. Sekretariats vom 23.1.49. - Das Parteiarchiv bewahrt in Heymanns Nachlaß u.a. Mappen mit Kreidezeichnungen aus der Zeit 1936-37, die er im Gefängnis von Breslau verbrachte. Die Zeichnungen zeigen vielfarbige deutsche Stadt- und Landschaftsansichten, wie sie von Postkarten bekannt sind, die als Vorlage gedient haben könnten (SAPMO-BArch NY 4193/1-12; vgl. auch SgY 0390: Erinnerungen Stefan Heymann). Der Einsatz der Buchenwaldhäftlinge im Aufbau der Verwaltung ist besonders, wie Niethammer 1994 bemerkt, den unter extremen Verhältnissen erprobten organisatorischen Fähigkeiten der Funktionshäftlinge zu danken, zu denen auch Heymann gehört hatte. Desweiteren vertritt Niethammer die These, daß Ulbricht in seinem tiefen Mißtrauen diesen Genossen gegenüber sie in den 50er Jahren weitgehend aus ihren Machtpositionen vertrieben hat (S. 16). Auch dafür sowie für den latenten Antisemitismus ist Heymann ein Beispiel, der nach rund zwanzig Monaten aus dem zentralen Apparat des ZS ausschied, vgl. Luz Niethammer (Hrsg.): Der „gesäuberte“ Faschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Berlin 1994.
  - 51 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/3/2: Sekr.-Sitzung vom 2.2.49; Hager wird im Beschluß noch mit seinem Journalisten-Pseudonym genannt: Felix Albin. - Im folgenden werden die Sekr.-Sitzungen nur noch mit ihrem Datum angegeben, ohne die Signatur DY 30/IV 2/3/ff.
  - 52 „Über die formalistische Richtung in der deutschen Malerei“, in: Tägliche Rundschau, 19. und 24.11.1948.
  - 53 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/183, Bl. 23-26: das Schreiben geht auch an Grotewohl, Ackermann und Wandel. - Aufschlußreich ist andererseits, daß zwei der mitverantwortlichen Kulturfunktionäre, Helmut Holtzauer als Volksbildungsminister in Sachsen und Egon Rentzsch als Volksbildungsstadtrat von Dresden bis zum Februar 1949, wenig später in Berlin in der Nomenklatur aufstiegen.
  - 54 S. den Beitrag von Bernd Linden in dieser Publikation.
  - 55 Das erste Konzept dazu entwarf der Ausstellungsleiter der Deutschen Akademie der Künste, Gerhard Pommeranz-Liedtke, der den Titel „Der neue Mensch“ bevorzugte, im Dezember 1949, und sie sollte im September 1950 gezeigt werden. Als Ausstellung „Künstler schaffen für den Frieden“ wurde sie erst im Dezember 1951 eröffnet, vgl. SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/182, Bl. 1-21; über das Ergebnis waren selbst viele Parteigenossen nicht erfreut.
  - 56 Zu den Schwierigkeiten, die Verordnungen in die Praxis umzusetzen, veröffentlichte Heymann einen selbstkritischen Artikel: Welche Fehler zeigten sich bei der Durchführung der Verordnung über die Förderung der Intelligenz, in: Neuer Weg 1949, H.9.
  - 57 Diese Bezeichnung wurde 1949 und 1950 verwendet, nachdem an die Stelle des Zentralsekretariats (ZS) im Januar 1949 das Zentralkomitee mit seinen Leitungsorganen „Kleines Sekretariat“ und „Politbüro“ traten; das „Kl. Sekretariat“ avancierte 1950 zum „Sekretariat“ und zum Machtinstrument Ulbrichts. - Zu dieser Zeit begann sich auch die kommunistische Parteisprache (wieder) durchzusetzen: Instrukture statt Referenten, Kadert statt Personal usw.
  - 58 Sekr.-Sitzung vom 6.5.49.
  - 59 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/5/199, Bl. 17: Heymann und Kaufmann an Verner, 11.5.49.
  - 60 Woitinas 1965, s. Anm. 2.
  - 61 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/5/199, Bl. 22-24: Heymann und Kaufmann an Verner, 29.6.49.
  - 62 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1/80-81, Bl. 25: Heymann und Kaufmann an Verner, 6.7.49.
  - 63 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/9, Bl. 16-19: „Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 57 vom 17. Oktober 1949.
  - 64 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1/80-81: 26. Tagung des Parteivorstandes am 2.-3.6.1950, Referat Verner in Band 80.
  - 65 Ebenda, Bl. 91.
  - 66 Ebenda, Bl. 102f.
  - 67 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1/81: Entschließung, Bl. 59-72.

68 Ebenda, Bl. 62.  
 69 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/4, Bl. 249.  
 70 Wie es dabei aus der hämischen, aber nicht unrealistischen West-Sicht zuging, s. Ran an den Speck, in: Der Spiegel, 19.3.49 oder Dieter Abendroth, Parteischul-Intelligenz, in: Der Tagesspiegel, 25.4.51.  
 71 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/32, Bl. 42.  
 72 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/35, Bl. 108: LV Mecklenburg an Abt. Kultur und Erziehung, gez. Kultermann, 11.2.50, betr. „Auflösung der besonderen Kulturabteilung in den Kreissekretariaten“, daraus das folgende Zitat.  
 73 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/9, Bl. 20-28: Entwurf für den Kulturplan 1950, undat. Ein Hinweis auf die Ausarbeitung im November/Dezember 1949 findet sich in SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/12, Referentenbesprechungen vom 9.11. und 10.12.49. Der Entwurf wurde allerdings nicht verabschiedet.  
 74 Die Zeitschrift „bildende Kunst“ war nach scharfen politischen Auseinandersetzungen, die sich in den Herausgebern Karl Hofer und Oskar Nerlinger personalisiert hatten, im Herbst 1949 eingestellt worden.  
 75 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/5/199, Bl. 26-33: Heymann an Horst Sindermann, 6.4.50 Kurzbericht über die Tagung der Kulturfunktionäre am 29.3.50 und Disposition des Referats von Heymann sowie Äußerungen verschiedener Teilnehmer.  
 76 S. Anm. 70. - Regelrecht vermutet und verfolgt wurden nun vor allem in den Betrieben „Schumacher-Nester“ oder „KPO-Verräter“, d.h. Sozialdemokraten und frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei- Opposition (KPO).  
 77 Sekr.-Sitzung vom 24.4.50. - Heymann wollte damit auf seine Erfahrungen als Kultursekretär in Thüringen zurückgreifen, wo er, neben dem Landeskulturausschuß, auch eine Kulturkommission eingerichtet hatte, deren Beschlüsse „in Zukunft dem Sekretariat [des Landesvorstandes der SED] vorzulegen“ seien und nach Genehmigung durch das Sekretariat als Parteibeschlüsse gelten, „die jedes Mitglied diszipliniert durchführen muß“. (SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2026/3, Bl. 259-263; Protokolle der Sitzungen der Kulturkommission [Thüringens] vom 4.3.48, 8.7.48, 6.8.48; die Protokolle befinden sich in den Akten des Büros von Kurella, der 1957 zum Leiter der dann gebildeten Kommission für Fragen der Kultur beim Politbüro ernannt wurde. Aufgabe der Kommission war es dann u.a., Beschlußvorlagen für Politbüro und Sekretariat zu erarbeiten.) - Eine Kunstkommission, die in praktischen Fragen wie Ankäufen die Abteilung beraten konnte, hatte es schon 1947 gegeben.  
 78 Sekr.-Sitzung vom 4.8.50.  
 79 Die Umverteilung der Abteilungen und ihre Personalbesetzung zog sich also von September 1950 bis August 1951 hin, d.h., die Kunstabteilungen waren in dieser Zeit noch beim Ministerium für Volksbildung angesiedelt, ebenso wie Harig bis zu seiner Ernennung dort Hauptabteilungsleiter Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen war.  
 80 Zum Persönlichkeitsbild von Lauter s. Lutz Niethammer, Alexander von Plato, Dorothee Wierling: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. Berlin 1991. Unter dem Namen Ludwig Haber und nur leicht anonymisierten Daten hat Niethammer das von Parteitreue geprägte Leben Lauters porträtiert.  
 81 Sekr.-Sitzungen vom 9.1.50, 4.8.50, 10.11.50, 27.11.50. - Groth wurde 1954 Direktor des Instituts für Lehrerbildung in Berlin-Köpenick.  
 82 Auf der Sekretariatssitzung vom 2.2.49 war eine Westkommission, Leitung Franz Dahlem, beschlossen worden.  
 83 Die vorliegenden Angaben sind belegt in SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/9, Bl. 69, 107-108; DY 30/IV 2/906/13, Bl. 243, 245; weitere Informationen in den Protokollen und Materialien der Sekretariatssitzungen dieser Zeit. - Das Büro der Abteilung bildeten Helene Schulz, Inge Damaschun und Gertraud Henschel über mehrere Jahre. Da parteipolitische Praxis Vorbedingung für ein Studium im Institut für Gesellschaftswissenschaften und an der PHS war, erklärt sich der schnelle Durchlauf von Mitarbeitern in den ersten Jahren u.a. auch daraus.

84 Bericht des Parteivorstandes der SED an den III. Parteitag, Berlin 1950, S. 159f.  
 85 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/11, Bl. 59-60: Protokoll über die Abteilungsbesprechung vom 16.10.50; als exemplarisches Beispiel, auch für den Arbeitsaufwand, s. Sitzung vom 28.10.50, Bl. 62-64.  
 86 Sie galten einerseits als Richtlinie für die Parteilarbeit, andererseits wurde damit auch die richtige Linie der Autoren überbracht.  
 87 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1/80, Bl. 110: Verner auf dem 26. Plenum am 2.6.50 über die Arbeit der Instrukture im Parteivorstand: „[S]ie fühlten sich schon wie die Feuerwehrlente. Kaum wären sie von einem Instrukteurauftrag zurück, dann käme schon wieder die Brandmeldung vom Sekretariat, dort und dort zu helfen, dort müsse man löschen. Natürlich ist das nicht das System, eine planmäßige und gute Instrukteurarbeit zu entfallen.“  
 88 Eines von unzähligen Beispielen, die erst nach der Wende anschaulich bearbeitet werden konnten, ist die sog. Lukullus-Affäre in: Das Verhör in der Oper. Die Debatte um die Führung „Das Verhör des Lukullus“ von Bertolt Brecht und Paul Dessau. Hrsg. und kommentiert von Joachim Lucchesi. Berlin 1993. Anschaulich deswegen, weil dieses Buch das Ineinander-Greifen aller beteiligten bzw. sich einmischenden Stellen dokumentiert.  
 89 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/13, Bl. 153-155: Aktennotiz 23.11.51.  
 90 Nimmt man die Aktenlage im Archivbestand der Kulturabteilung als Reflex darauf, so scheinen alle Instrukture unterwegs in den Bezirken gewesen zu sein, denn für das Jahr 1952 ist im Gegensatz zum vorangegangenen kaum Material zu finden.  
 91 Politbüro-Sitzung vom 11.11.52.  
 92 Uebel, Woltinas 1966, s. Anm. 2.  
 93 Sekr.-Sitzung vom 22.12.52, Anlage Nr. 3. - Die genannten Kommissionen kamen nicht zustande.  
 94 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/16, Bl. 123f.  
 95 Der 1921 geborene armenische Komponist und Pianist Babadjanjan hatte in Eriwan und Moskau studiert; in seiner Musik griff er gleich Katschaturian und Rachmaninow Elemente der russischen Volksmusik auf und verband sie (später) mit der musikalischen Moderne (Bartok, Prokofieff, Schönberg). vgl. The New Grove Dictionary of Music and Musicians, 1980, Bd. 1.  
 96 Sie kommen deutlich zur Sprache in den ZPKK-Untersuchungen zur Arbeit des Ministeriums für Kultur und nachgeordneter Institutionen 1957/58 in DY 30/IV 2/4/164 und 165.  
 97 Sekr.-Sitzungen vom 13.11.52 und 12.3.53. - Die künftige Funktion von Heller ist unklar.  
 98 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/13, Bl. 245: Rentzsch an Personalbüro, 6.1.53. - Nähere Nachrichten von den Neuen gibt es an dieser Stelle nur von Sonja Matthäus und Hilderose Boock „dank“ der ZPKK-Akten. Beide hatten Kontakt mit republikflüchtigen Kollegen gehabt und mußten jeweils unverzüglich die Abteilung verlassen. Sonja Matthäus hatte an der Universität Leipzig Gesellschaftswissenschaften studiert, war 1951/52 in der Kaderabteilung der Staatlichen Kunstkommission, 1952-56 in der Kulturabteilung des ZK, dann der BL Leipzig; dort wurde sie die fünfte Ehefrau von Alfred Kurella. Boock, geb. 1920, war 1939-42 als Schauspielerin ausgebildet und bis 1946 tätig; nach 1957 in der BL Erfurt tätig; Hans Strutz ging später nach Schwerin. Ingrid Schulz wurde als Ingrid Beyer eine der bekanntesten und einflußreichen Kunstwissenschaftlerinnen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften.  
 99 Politbüro-Sitzung vom 15.9.53, Anlage 1.  
 100 Sekr.-Sitzung vom 2.9.53; SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2/2A/306: Politbüro-Sitzung vom 8.9.53. - Riesner, Jg. 1902, war seit 1923 in der KPD und tätig bis 1933 als Lehrer, dann Aushilfsstätigkeiten: 1945-50 Stadtrat in Karl-Marx-Stadt, anschließend im sächsischen Volksbildungsministerium, von 1952-57 1. Sekretär der BL Dresden.  
 101 Sekr.-Sitzung vom 27.1.54, die Stelle begann am 1.12.53.  
 102 Sekr.-Sitzung vom 18.4.56.  
 103 Sekr.-Sitzung vom 4.12.57.  
 104 Sekr.-Sitzung vom 20.2.57. - Wendt wurde Ende des Jahres nach

der Neuorganisation des Kulturministeriums stellvertretender Minister.  
 105 Nachvollziehen läßt sich das auch am Tenor und Sprachgebrauch der veröffentlichten Texte und internen Berichte und Informationen.  
 106 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/175, Bl. 100, Heller an Bergander, 17.7.53.  
 107 Heller bezieht sich hier auch auf den Beitrag von Wolfgang Harich in der Berliner Zeitung vom 14.7.53: „Es geht um den Realismus“, in dem er vor allem die Kunstkommission angreift, in der Ernst Hoffmann Hauptabteilungsleiter für bildende Kunst war.  
 108 SAPMO-BArch NY 4090/531, Bl. 49-91: „Vorschläge zur Durchführung des neuen Kurses in der Kulturpolitik der Deutschen Demokratischen Republik“; wurde in einer überarbeiteten Fassung veröffentlicht in der Berliner Zeitung, 14.7.53.  
 109 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/85, Bl. 43-46: Hans Schlösser, „Von der Kultur der schöpferischen Sowjetmenschen. Erlebnisse der FDGB-Delegation, die im November 1950 zum Studium der Kulturarbeit der Sowjetgewerkschaft in Moskau und Leningrad weilte.“  
 110 Zit. n.: „Die Regierung ruft die Künstler“, Berlin 1993, Dokument Nr. 75.  
 111 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/175, Bl. 131.  
 112 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/4/164, Bl. 259-289, Bericht Schlössers an die ZPKK vom 17.11.57.  
 113 Ebenda, Bl. 289.  
 114 Ebenda, Bl. 290-301: Aussprache mit [Willi] Adam, [Gerhard] Rönnecke (d.i. Rönicke), [Helmut] Schlemm, [Joachim] Mückenberger, [Willi] Lewin, [Hans] Strutz, [Armin] Zeißler und [Hans] Grümmer; Bl. 305-307: Aktennotiz über die Aussprache mit Adam, [Anne] Stengel und Strutz am 26.10.57. Die komplizierten, gesamtdeutsche „Machenschaften“ betreffenden Untersuchungen im Ministerium, vor allem der HA Kulturteile Verbindungen, der Maria Rentmeister vorstand und wo es um finanzielle Vertragsverpflichtungen mit der Bundesrepublik ging, können hier nicht beachtet werden. Es läßt sich jedoch vermuten, daß sie teilweise ein Vorwand zur Säuberung waren.  
 Das 32. Plenum im Juli hatte einen Beschluß über die Vereinfachung des Staatsapparates und die Änderung der Arbeitsweise der Mitarbeiter des Staatsapparates gefaßt, wobei besonders die Sparsamkeit in Augenschein genommen werden sollte. Dabei war man wohl auf die bestandensten Vertragsabschlüsse gestoßen.  
 Kurz zuvor, am 24.9.57, hatte Hans Riesner, der für wenige Monate stellvertretender Abteilungsleiter war, eine ausführliche und sehr kritische „Einschätzung der Abt. Volksbildung und Kultur über die Durchführung der Beschlüsse des 30. Plenums in den Bezirken und Kreisen“ an die Organisationsabteilung gesandt, in der es u.a. heißt: „Am schwierigsten ist die Lage bei den bildenden Künstlern. Dort sitzen die revisionistischen Tendenzen am tiefsten, dort spukt die ‚polnische Freiheit der Künstler‘“ - s. SAPMO-BArch DY 30/IV 2/5/363, Bl. 124-141, hier Bl. 130.  
 115 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Dok.Nr. 102107: Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz; dass. in: SAPMO-BArch DY 30/2/1/182, Bl. 62-153, wo es den Mitgliedern und Kandidaten des Oktober-Plenums zum Lesen unter Aufsicht ausgeteilt wurde. Auszugsweise abgedruckt in Walter Janka: Die Unterwerfung. München, Wien 1994, S. 47-61. - Auf diesem Plenum wurde Erich Mielke als Nachfolger von Ernst Wollweber neuer Minister für Staatssicherheit.  
 116 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/202/4/1: Wandel hatte bereits im Juli eine „Selbstkritik“ verfaßt.  
 117 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/202/4/1: Oelßner hatte 2 „Erklärungen“ verfaßt, am 10.6.58 und nochmals am 4.9.59.  
 118 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/1/188: Beschlußprotokoll der 33. ZK-Tagung, Oktober 1957; vgl. auch das Arbeitsprotokoll, wonach „Kultur“ für Hager als Sekretär gestrichen wurde.  
 119 Vgl. u.a. zur Rolle von Wagner in Leipzig: Erich Loest, Durch die Erde ein Riß. Ein Lebenslauf. Hamburg 1981.  
 120 Maria Rentmeister, Hauptabteilungsleiterin Kulturelle Beziehungen, wurde im Februar entlassen (Sekr.-Sitzung 19.2.58). Vollständig

vergessen ist Rudolf Jahnke, Leiter der Abt. Kulturelle Verbindungen mit dem kapitalistischen Ausland, der im Januar 1958 verhaftet wurde. Er wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt, die er nur Teil auch wie Janka und Just in Bautzen verbrachte. Er wurde 1961 entlassen und ging kurz vor dem Mauerbau in den Westen (BStU MfS 1703/58). Weitere Mitarbeiter des Ministeriums für Kultur, der VEB Schallplatte und des Rundfunks erhielten Parteistrafen.  
 121 Verordnung des Ministerrats vom 17.7.52 und Beschluß vom 20.8.53 für die Arbeit im Staatsapparat.  
 122 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2/572 und DY 30/IV 2/2A/599, 601, Politbüro-Sitzung vom 18.12.52; Anlage Nr. 12: Leiter: Alfred Kurella; Sekretär: Siegfried Wagner; Mitglieder: die Genossen Johannes R. Becher, ZK, Minister; Alexander Abusch, ZK, Staatssek.; Hans Rodenberg, ZK, Leiter der Fachrichtung Dramaturgie an der Dt. HS für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg; Kurt Barthel (Kuba), ZK, Schriftsteller, Warmemünde; Max Burghardt, Kand. ZK, Intendant Dt. Staatsoper; Walter Arnold, Kand. ZK, Prof. HS Dresden; Wilhelm Girnus, Staatssek. im Staateskr. für Hochschulwesen; Hermann Ley, Vors. Staatl. Rundfunkkomitee; Egon Rentzsch, Sekr. f. Kultur beim BuVo FDGB; Heinz Kimmel, Sekr. Agitprop und Kultur beim Zentralrat der FDJ; Wilhelm Köhler, Stell. Chefred. ND; Günther Witt, Sekr. Kultur BL Potsdam; Helmut Häußler, Stell. Vors. beim Rat des Bezirkes Leipzig; Otto Wendt, Abt.Leiter Kultur Rat des Bezirkes Cottbus; Prof. Rudolf Fischer, Dir. HS Musik, Leipzig; Karl Kayser, Intendant Nat. Theater Weimar, 1. Bezirksvors. KB; Hans Knorr, Stell. Vors. beim Rat des Bezirkes Rostock; Heinz Jendral, Abt.Leiter AgitProp und Kultur in Kl. Wernigerode; Wolfgang Langhoff, Intendant am Deutschen Theater, Berlin; Walter Vogt, Sekretär Zentralvorstand Gew. Kunst; Walter Schütz, Vorstand der Kulturkom. und Mitglied BGL im Kombinat „Otto Grothewohl, Böhlen; Herbert Risse, Klubleiter im Stahl- und Walzwerk Riesa.  
 123 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/9, Bl. 122-123: Entwurf eines Strukturplanes, 14.2.60.  
 124 Sekr.-Sitzung vom 13.6.60.  
 125 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2026/1, Bl. 271-276.  
 126 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/9, Bl. 131-134; über die Ausbildung der politischen Mitarbeiter ist zu erfahren, daß vier Genossen Hochschulbildung hatten, sechs die Parteihochschule „Karl Marx“ und fünf Bezirkspartischulen absolviert hatten.  
 127 Für einen Fall nennt der Bericht Zahlen: im Bezirk Leipzig seien in den letzten drei Jahren 167 Kulturschaffende geflüchtet, wovon „ca. 50% der künstlerischen Intelligenz“ angehört hätten.  
 128 Dietrich 1993, Dokument 45: Der Kulturgut und seine Auswirkungen, Mai 1948.  
 129 Sekr.-Sitzung vom 14.3.55.  
 130 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/4/164, Bl. 305.  
 131 S. dazu den Beitrag von Hubertus Gäßner in dieser Publikation.  
 132 V. Parteitag der DDR, Berlin 1958, Bd. 1, S. 840.  
 133 Ebenda, S. 839.  
 134 Bereits 1952 war das Zentralhaus für Laienkunst in Leipzig gegründet worden, das ebenso wie andere Einrichtungen die volkskünstlerischen, d.h. in vielen Fällen die heimatkundlichen Traditionen erhalten bzw. in sozialistische Bahnen lenken sollte.  
 135 DY 30/IV 2/906/37: lt. einer Notiz vom 30.6.65 ordnete Hager an, den Begriff „Laienkunst“ nicht mehr zu verwenden und statt dessen von „Volkskunst“ oder „künstlerischem Volksschaffen“ zu sprechen. Der Begriff „Bildnerisches Volksschaffen“ war dann künftig Usus.  
 136 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/32: Struktur und Aufgabe des Sektors „Grundsatzfragen der Leitung kultureller Prozesse“, 30.9.1968, unpag. Die Leitung hatte Gerd Rossow, ihm folgte 1970 Rudi Raupach.  
 137 Eine Kategorisierung künstlerischer Wertmaßstäbe herzustellen, war eine der ersten „Maßnahmen“ nach der Wende. Am offensichtlichsten kam das in der heftigen Auseinandersetzung um die Neuhängung in der Berliner Neuen Nationalgalerie zum Ausdruck, denn es war letztlich keine Frage der künstlerischen Qualität, was immer das beinhaltet, sondern die westliche Konkurrenzgesellschaft forderte auch hier die Klärstellung der Prioritäten auf dem Markt.

138 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/9, Bl. 122-123, Entwurf vom 4.2.60.

139 Sekr.-Sitzung vom 30.8.61.

140 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/4/164, Bl. 305.

141 Sekr.-Sitzung vom 4.10.61.

142 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/13, Personalbüro v. 6.1.53.

143 Vgl. Material in den entsprechenden Sekr.-Sitzungen.

144 SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/67 und 68: Vorbereitung, stenografische Niederschrift und Auswertung der Kulturkonferenz. - Kulturkonferenz 1960. Protokoll der vom Zentralkomitee der SED, dem Ministerium für Kultur und dem Deutschen Kulturbund vom 27. bis 29. April 1960 im VEB Elektrotechnik Berlin abgehaltenen Konferenz, Berlin (Ost) 1960. - Den Maler Heinrich Witz hatte Kurella regelrecht gegen die Mehrzahl der anderen Künstler in Szene gesetzt und damit eine unüberbrückbare Kontroverse hervorgerufen; Witz wurde zum Synonym für schlechte Kunst.

145 Der „Sonntag“ hatte verschiedene Künstler im Vorfeld gebeten, über die kommende Kulturkonferenz zu schreiben, was viele mit einer Ausrede quittierten, vgl. Büro Kurella DY 30/IV 2/2026/111, Bl. 118-120; dass, auch in den Akten der Kulturabteilung (DY 30/IV 2/906/25) und in den Nachläßlingen Ulbrichts (DY 30/SgY 4182/932). Wagner schickte an Ulbricht das Schreiben des „Sonntag“: „Cremer sprach mit vagen Worten von einigen Zeilen gegen den Antisemitismus und forderte wegen eines Artikels zur Kulturkonferenz etwa zehn Tage Bedenkzeit. Er ließ sich nicht mehr sprechen.“ Oder: „Hermlin sagte, daß er zur Kulturkonferenz kein Verhältnis habe, und er sich nicht zu den namhaften Schriftstellern zähle, die zur Vorbereitung der Konferenz beitragen müßten. Er lehnte eine Mitarbeit ab und war - weil er von Gefühlen abhängig sei und nicht wisse, ob er Emotionen haben werde - auch nicht bereit, an der Ausgabe zum 1. Mai mitzuarbeiten.“ - Vgl. BStU AP 4421/92, Bl. 240-248; Einzel-Information über Fritz Cremer, 10.4.64: „Cremer nahm denn auch demonstrativ nicht an der Kulturkonferenz 1960 (wie einige andere Künstler auch) teil, weil er seinen Äußerungen nach damit gegen die Kulturpolitik der Partei protestieren und sich 'von den Funktionären nicht schulmeistern lassen' wolle.“ Kurz nach der Konferenz fragte dagegen Lea Grundig in der Kulturabteilung des ZK nach, warum sie nicht eingeladen worden sei, s. SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/67, Bl. 307.

146 Ausgangspunkt war das im Deutschen Theater uraufgeführte Stück von Peter Hacks „Die Sorgen und die Macht“.

147 Protokolle des VI. Parteitages, Berlin (Ost) 1963. - Empört gab Kurella einen Künstler wieder, der gesagt haben soll, er lege mehr Wert auf „poetisches Feingefühl als politisches Feingefühl“ (Bd. 2, S. 242).

148 Ein Jahr später bat Kurella um Entbindung seiner vielen Funktionen, um sich seiner schriftstellerischen Tätigkeit und der Arbeit in der Akademie widmen zu können (Skr.-Sitzung vom 9.12.64).

149 Kein Leiter der Kulturabteilung wurde je Mitglied des ZK, was für die Leiter der anderen Abteilungen durchaus angemessen war.

150 Politbüro-Sitzung vom 20.12.62. Die Kulturkommission beim Politbüro wurde 1972, nun auch unter der Leitung von Hager, reaktiviert.

151 Politbüro-Sitzung vom 29.1.63: „1. Änderung der Arbeitsweise des ZK zur Leitung nach dem Produktionsprinzip. [...] Die Anwendung des Produktionsprinzips bei der Leitung der Parteiarbeit muß ausgehen von einer grundlegenden Verbesserung der Arbeitsweise, der systematischen ideologisch-fachlichen Arbeit mit den Grundorg. und der Arbeit mit den Menschen.“

Es ist besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß nicht alte, überholte bürokratische Methoden in der Arbeit der Büros und Kommissionen übernommen werden. Die Arbeit ist so zu organisieren, daß die Erfüllung der politischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben auf allen Gebieten gesichert wird.

152 Vgl. SAPMO-BArch DY 30/IV 2/906/177: bereits zum IV. VBKD-Kongreß im Dezember 1959 hatte die Partei massiven Einfluß auf die Aufstellung der Kandidaten für die Wahl in die Verbandsleitungen genommen, war aber immer noch nicht zufrieden mit dem Ergebnis, wie eine vertrauliche Analyse vom Januar 1962 feststellte: „Die Hauptursache für das Stagnieren der Arbeit der Verbandsleitung in der letz-

ten Zeit besteht darin, daß die Parteigruppe des Präsidiums und des Zentralvorstandes und die Parteiorganisation des Verbandsapparates die führende Rolle der Partei nicht verwirklichen. Es gibt bisher keine planvolle kontinuierliche Arbeit der Parteigruppen in den Leitungen des Verbandes.“ (Bl. 10-18). 1964, mit der „Wahl“ von Lea Grundig als Präsidentin des VBKD, hatte die Partei dann ihren Einfluß gesichert. Für die Deutsche Akademie der Künste gilt ähnliches, die im Mai 1962 einen Präsidentenwechsel von Otto Nagel zu Willi Bredel hatte und danach erst eine Parteigruppe der Mitglieder gebildet wurde, während es bis dahin lediglich eine Parteigruppe des Verwaltungsapparates gegeben hatte.

153 Sekr.-Sitzung vom 9.12.64; Mitglieder waren Kulturminister Hans Bentzien, Siegfried Wagner, Prof. Dr. Schille, stellvertretender Vorsitzender der Plankommission, Helmut Sandig, stellvertretender Finanzminister und Wolfgang Beyreuther, Mitglied des FDGB-Präsidiums. - Mehrere Vorschläge und Entwürfe in SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/906/32 verweisen auf einen langwierigen Umstellungsprozeß.

154 SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/906/7, unpag., Bericht vom 27.11.64.

155 SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/906/7, unpag., 1. Entwurf zu einem „System der wissenschaftlichen Führungstätigkeit der Abteilung Kultur“ vom 1.2.65. Ob es je eine endgültige Ausführung gegeben hat, ist fraglich, ein 3. Entwurf datiert vom 25.4.66 (SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/906/32).

156 vgl. SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/906/33, Arbeitsplan der Abteilung Kultur, 2. Halbjahr 1965, 3.8.65.

157 So ist aus dem „Vorgang Verräter“, worunter das Ministerium für Staatssicherheit die jahrelange Zersetzung des Kreises um Herbert Sandberg, Fritz Cremer, René Graetz und vieler anderer bildenden Künstler, Schriftsteller und Theaterleute betrieb, ersichtlich, mit welcher Systematik nach 1957 Künstler aus ihren Verbandsfunktionen verdrängt und operativ bearbeitet wurden (BStU AOP 5149/70, 6 Bände, 1958-70).

158 SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/901/30, Bl. 38.

159 Joachim Walther, Gesine von Prittwitz: Staatssicherheit und Schriftsteller. Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Abt. Bildung und Forschung, Berlin 1993.

160 Ebenda, S. 9.

Quelle:  
SAPMO-BArch DY  
30/IV 2/906/4,  
Bl. 1-2, undat.  
[Mai/Juni 1946]  
Die handschriftlich  
hinzugefügten  
Namen Paul Barto-  
lain, Abt. Kunst,  
Magistrat, und  
Gustav von Wan-  
genheim, Intendant  
Berlin, waren  
gestrichen. Namen  
und Adressen der  
Dienststellen wur-  
den aus weiteren  
Unterlagen ergänzt.

1. Anton Ackermann; Zentralsekretariat (ZS) der SED; N.55. Prenzlauer Allee 249
2. Fred Oelssner; Leiter der Abt. Werbung und Schulung im ZS der SED; C.2, Wallstr. 76-79
3. Dr. Josef Naas; stv. Leiter der Abt. Kultur und Erziehung im ZS der SED; C.2, Wallstr. 76-79
4. Bruno Baum; Agitprop-Leiter, Bezirksleitung Berlin; W.8, Behrenstr. 35
5. Paul Wandel; Dt. Verwaltung f. Volksbildung, Präsident; W.8, Wilhelmstr. 68
6. Otto Winzer; Magistrat, Leiter der Abt. f. Volksbildung; C.2, Parochialstr. 1-3
7. Dr. Wilhelm Heise; Dt. Verwaltung für Volksbildung; W.8, Wilhelmstr. 68
8. Herbert Volkmann; Dt. Verwaltung f. Volksbildung; W.8, Wilhelmstr. 68
9. Heinz Willmann; Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands; W.15, Schlüterstr. 45
10. Erich Weiner; Dt. Verwaltung für Volksbildung, Vizepräsident; W.8, Wilhelmstr. 68
11. Ernst Wildangel; Magistrat, Schulamt; C.2, Parochialstr. 1-3
12. Karl Sothmann; Dt. Verwaltung für Volksbildung; W.8, Wilhelmstr. 68
13. Inge von Wangenheim; Deutsches Theater; NW. 7, Schumannstr. 13a
14. Hilde Benjamin; Dt. Verwaltung für Justiz; W.8, Dorotheenstr. 42
15. Hans Klering; DEFA-Film; SW.68, Krausenstr. 38
16. Dr. Kurt Maetzig; DEFA-Film, Wochenschau; N.55, Hankestr. 3
17. Hans Mahle; Intendant Berliner Rundfunk; Charlottenburg 9, Masurenallee 8-14
18. Prof. Dr. Robert Rompe; Dt. Verwaltung für Volksbildung, Abt. Hochschule und Wissenschaft; W.8, Wilhelmstr. 68
19. Oskar Hoffmann; Dt. Verwaltung für Volksbildung; W.8, Wilhelmstr. 68
20. Richard Henneberg; Magistrat, Abt. f. Volksbildung; W.8, Mittelstr. 51-52
21. Karl Fugger; FDGB; C.2, Wallstr. 61-65

22. Rudolf Böhm; Dt. Verwaltung für Volksbildung, Zentr. Jugendausschuß; W.8, Wilhelmstr. 68
23. Matthäus Klein; Berliner Rundfunk, Personalchef; Charlottenburg 9 Masurenallee 8-14
24. Paul Verner; Leiter Abt. Jugend im ZS/SED; C.2, Wallstr. 76-79
25. Otto Meier; Sekretär ZS/SED; N.55, Prenzlauer Allee 249
26. Paul Lenzer; stv. Leiter Abt. Werbung und Schulung im ZS/SED; C.2, Wallstr. 76-79
27. Richard Weimann; Leiter Abt. Kultur und Erziehung im ZS/SED; C.2, Wallstr. 76-79
28. Max Nierich; Redaktion „Neues Deutschland“; N.54, Schönhauser Allee 176
29. Erwin Marquardt; Dt. Verwaltung für Volksbildung, Vizepräsident; W.8, Wilhelmstr. 68
30. Dr. Hoecker; Direktor der Staatsbibliothek, Berlin W; Unter den Linden
31. Dr. Alfred Werner; Magistrat, Amt für Volksbildung, Abt. Wissenschaft; W.8, Mauerstr. 53
32. Dr. Erich Kürschner; Magistrat, Amt für Volksbildung, Abt. Bücherei; W.8, Mauerstr. 53
33. Karl Klauer; Magistrat, Amt für Volksbildung, Amt „Neues Leben“; W.8, Mittelstr. 51-52
34. Max Kreuziger; Bezirksamt Prenzlauer Berg, Stadtrat; N.113, Senefelder Str.
35. Richard Schallock; Dt. Verwaltung für Volksbildung; W.8, Wilhelmstr. 68
36. Edith Baumann; Dt. Verwaltung für Volksbildung, Jugendausschuß; W.8, Wilhelmstr. 68
37. Helga Walch-Hoeffken; Abt. Kultur und Erziehung im ZS/SED; C.2, Wallstr. 76-79
38. Walter Maschke; FDGB, Kulturausschuß; C.2, Wallstr. 61-65
39. Adolf Buck; (Sport); Berlin-Britz, Grüner Weg 2
40. Pfarrer Arthur Rackwitz; ; Berlin-Neukölln, Kranoldstr. Kirche
41. Prof. Bernhard Benedik; Hochschule f.

Musik, Berlin-W.; Fasanen-/Ecke Hardenbergstraße  
 42. Willi Gensch; Bezirksamt Berlin-Weißensee, Kulturamt, Schulrat ; Parkstraße  
 43. Bürgermeister Karl Schulze; Berlin; C.2, Parochialstr. 1-2  
 44. Paul Neumann; Parteiarchiv der SED; [durchgestrichen: W.8, Behrenstr. 35] C.2, Wallstr. 76-79  
 45. Maria Rentmeister; Frauensekretariat ZS/SED; W.8, Behrenstr. 35-39  
 46. Prof. Oskar Nerlinger; Hochschule „Bildende Kunst“, Berlin-Schöneberg; Grunewaldstr. 2-5

**1946**

Vereinigungsparteitag 21./22.4.46: Sekretäre für den Bereich Kultur und Erziehung: paritätisch: Anton Ackermann (KPD), Otto Meier (SPD)

**Abt. Kultur und Erziehung beim ZS der SED**

*Abt.-Leiter*

Richard Weimann und Dr. Josef Naas

*Referate*

Allgem. Organisation  
 Schule  
 Hochschule  
 Volkshochschule  
 Bühne, Film, Musik  
 Bildende Kunst  
 Literatur  
 Sport  
 Kirche

*Referenten*

Alfons Kauffeldt 1946-48  
 Georg Kaufmann 1946-49  
 Max Grabowski 1946-50  
 Helga Walch-Hoeffken 1946-50  
 Reinhard Hellwig 1946-49

**1947**

Oktober 1947: Zusammenlegung

**Abt. Parteischulung, Kultur und Erziehung beim ZS der SED**

I: Parteischulung

*Abt.-Leiter*

Fred Oelßner

*Stellv. Leiter*

Paul Lenzner

II: Kultur und Erziehung

*Abt.-Leiter*

Richard Weimann

*Stellv. Leiter*

Karl Raab

*Referate*

*II Kultur und Erziehung*

Hochschule und  
 Studentenfragen  
 Schule und Lehrfragen

Volkshochschulwesen

Theater und Volksbühnenbewegung

Literatur, Musik, Film

Künstl. Programmgestaltung,

Feste und Feiern

Bildende Kunst

Sport und Körperkultur

Technische Filmarbeit

Kirchen- und Religionsfragen

*Referenten*

Alfons Kauffeldt

Herbert Busse

Manfred Stambula

Georg Kaufmann

Helga Walch-Hoeffken

Max Grabowski

Reinhard Hellwig

Erich Mischke

Hans-Joachim Mund

*Büro*

Margarete Knapp

Inge Thoms

**1949**

Februar: wieder Trennung

in Abt. Parteischulung

(später Propaganda) und

**Abt. Kultur und Erziehung**

**beim ZS der SED**

ZS-Sekretär für Parteischulung/

Propaganda und Kultur wird im

Januar Fred Oelßner.

1949-51 Reorganisation der

Abteilung

*Abt.-Leiter*

Stefan Heymann

(Sept. 1948 bis Sept. 1950)

*Referate*

Kader

Hochschulfragen

Grund- und Oberschulen

Allgemeine Kulturfragen

Kulturelle Erziehungs-

einrichtungen

*Referenten*

Rudolf Herzog

Manfred Stambula

Sigrid Schwarz

Ilse Heidler

Georg Kaufmann

Helga Walch-Hoeffken

Max Grabowski

Hans-Joachim Mund

Herbert Busse

Willi Lewin

Wolfgang Groth

Lore Graf

**1950**

Februar: ZK-Sekretär (erstmalig nur) für Kultur und Erziehung:

Alexander Abusch

Juli: Sekretär für Kultur und

Erziehung: Hans Lauter (bis Mai

1953)

Beschluß zur Bildung eines Staatssekretariats für „Kunst und Literatur“, das im August 1951 als

**Staatliche Kommission für Kunst-**

**angelegenheiten (Stakuko)**

seine Arbeit aufnimmt.

*Abt.-Leiter*

Egon Rentzsch

(1.10.49-Mai 1953)

*Stellv. Leiter*

Hans Schlösser

(Juni 1950-Juli 1952)

*Sektoren/Leiter*

Kader: Rudolf Herzog

Grund- und Oberschulen:

unbesetzt

Kulturelle Erziehungs-

einrichtungen:

Siegfried Wagner

Kunst und Literatur: unbesetzt

*Instrukteure*

Joachim Mückenberger

Elisabeth Menzel

Friedrich Brumm

Heinz Hoffmann

Wolfgang Groth  
Hans Koch  
Ingrid Schulz

### 1952

Länderverwaltungsreform

Dezember:

**Abt. Schöne Literatur und Kunst beim ZK der SED**

Bildung einer neuen Abt.

Allgemeinbildende Schulen

sowie Bildung einer neuen Abt.

Wissenschaft und Hochschulen,

Abt.-Leiter Kurt Hager

*Abt.-Leiter*

Egon Rentzsch

*Stellv. Leiter*

Hans Schlösser

(bis Juli (1952))

*Sektoren/Leiter*

Kader: Rudolf Herzog

Westarbeit: Willi Adam

Kunst: Gustav Just

Unterricht und Erziehung:

Siegfried Wagner

Kulturelle Massenarbeit:

Joachim Mückenberger

*Instrukteure*

Gerda Kohlmei

Siegfried Weigel

Irene Heller

Margarete Knapp

Ingrid Schulz

Anna Stengel

Friedrich Brumm

Heinz Hoffmann

Armin Schulz

Armin Zeißler

Isolde Oschmann

### 1953

ZK-Sekretär für Kultur und

Volksbildung Juli 1953: Paul

Wandel

Beschluß des Sekretariats vom

2.9.53: **Bildung eines Ministeriums**

**für Kultur**

Beschluß des Politbüro Sept. 1953:

**Abt. Kunst, Literatur und kulturelle**

**Massenarbeit beim ZK der SED**

(tritt mit Arbeitsbeginn MfK im

Januar 1954 in Kraft)

*Abt.-Leiter*

Egon Rentzsch

(bis Mai 53)

*Stellv. Leiter*

Rudolf Herzog

*Stellv. Leiter*

Joachim Mückenberger

(1.12.53 bis 1956)

*Sektoren/Leiter*

Kader: Rudolf Herzog

Kunst: Gustav Just

Künstlerische Massenarbeit:

Joachim Mückenberger

Westarbeit: Willi Adam

*Instrukteure*

Irene Heller

Elisabeth Menzel

Anna Stengel

Margarete Knapp

Sonja Matthäus

Ingrid Schulz

Armin Schulz

Armin Zeißler

Hans Strutz

Hermann Lahl

Hilderose Boock

Gerda Kohlmei

Hans Grümmer

*Büro*

Helene (Lena) Schulz

Ingeborg Damaschun

Gertraud Hentschel

Dorit Schimnek

### 1954

Im Januar nimmt das Ministerium

für Kultur unter Minister Johannes

R. Becher seine Arbeit auf. Der

Apparat der aufgelösten

Staatlichen Kunstkommission wird

in das Ministerium übernommen.

*Stellv. Leiter*

Joachim Mückenberger

*Stellv. Leiter*

Willi Adam

seit 1.5.56

*Stellv. Leiter*

Hans Riesner

1.3.-31.12.57

*Sektoren/Leiter*

Kader: Rudolf Herzog

Westarbeit: Willi Adam

Kunst: Gustav Just

Kulturelle Massenarbeit:

Joachim Mückenberger

*Instrukteure*

Irene Heller

Hilderose Boock

Hans Grümmer

Armin Schulz

Willi Lewin

Hans Strutz

Armin Zeißler

Anna Stengel

Hartbrecht

Sonja Matthäus

Urban

Hermann Lahl

### 1955

März: Zusammenlegung der Abt.

Propaganda (chem. Parteischulung)

und Wissenschaft in Abt. Wissen-

schaft und Propaganda beim ZK

der SED, Abt.-Leiter Hannes Hörnig

April 1955: Hager wird ZK-Sekretär

für Wissenschaft und Propaganda

### 1957

Februar: Teilung der Abt. Wissen-

schaft und Propaganda, die Propa-

ganda geht in die neugebildete

Abt. Agitation und Propaganda ein.

März: Zusammenlegung der

Abt. Kunst, Literatur, Kulturelle

Massenarbeit und Abt. Allgemein-

bildende Schulen in **Abt. Volks-**

**bildung und Kultur beim ZK der SED**

(bis Okt. 1957)

Beschlüsse des Politbüro vom

8.10. und 15.10.57: Paul Wandel

als ZK-Sekretär abgelöst, Hager

übernimmt seine Funktion als

Sekretär für Volksbildung.

Bildung einer **Kommission für**

**Fragen der Kultur beim Politbüro**

des ZK der SED unter Leitung von

Alfred Kurella

**Abt. Kultur beim ZK der SED**

*Abt.-Leiter*

Siegfried Wagner

(Januar 1958 bis 1967)

Langwierige Umstrukturierung

der Abteilung

### 1958

Februar: Fred Oelbner aus dem

Politbüro ausgeschlossen

Juli: Hager und Kurella zu Kandi-

daten des Politbüros gewählt

### 1960

**Abt. Kultur beim ZK der SED**

*Abt.-Leiter*

Siegfried Wagner

*Stellv. Leiter*

Joachim Mückenberger

(Jan. 1959 – Okt. 1961)

*Sektor/Leiter*

Kunst und Literatur:

Dieter Heinze

Kulturelle Massenarbeit:

Willi Adam

*Instrukteure*

Hans Grümmer

Günter Fischer

Gerd Rossow

Willi Lewin

Arno Röder

Heinz Knorr

Margarete Knapp

Gerhard Rönicke

Gertraud Hentschel

### 1961

Oktober: Bestätigung der neuen

Struktur der Abt. Kultur mit

21 Planstellen für politische und

3 Planstellen für technische Mit-

arbeiter

**Abt. Kultur beim ZK der SED**

*Abt.-Leiter*

Siegfried Wagner

*Stellv. Leiter*

Günter Schröder

(seit 15.10.61)

*Sektoren/Leiter*

*Kulturelle Massenarbeit/Rostock*

Willi Adam

- AG für künstlerische

Selbstbetätigung

- AG kulturelle Arbeit der

Massenorganisationen und

staatlichen Organe

*Kunst und Literatur*

Dieter Heinze

- AG Literatur

- AG Theater

- AG Künstlerische

Lehranstalten und Fragen der

Ästhetik

Arbeit nach Westdeutschland/

Frankfurt/Oder

Feiergestaltung/Suhl

*Instrukteure*

Günter Fischer

Willi Lewin

Margarete Knapp

Arno Röder

Hans Woitek

Hans Grümmer

Gertraud Hentschel

Peter Czerny

Gerd Rossow

Wolfgang Schiefer

Heinz Knorr

Gerhard Döbrich

Gerhard Rönicke

Schiefer

Klaus Weidner

### 1962

Dezember: Kurella scheidet aus

dem Politbüro aus und wird als

Leiter der Kommission für Fragen

der Kultur beim Politbüro entbun-

den.

**Abt. Kultur beim ZK der SED**

*Abt.-Leiter*

Siegfried Wagner

*Stellv. Leiter*

Günter Schröder

*Sektoren/Leiter*

Kulturelle Massenarbeit:

Willi Adam

- AG künstlerische

Selbstbetätigung

- AG Kulturelle Arbeit der

Massenorg. und staatlichen

Organe

*Kunst und Literatur*

Dieter Heinze

- AG Künstlerische

Lehranstalten und Fragen der

Ästhetik

- AG Literatur

- AG Theater

- AG Arbeit nach der BRD

- AG Festgestaltung

*Instrukteure*

Hans Baumgart

Willi Lewin

Hans Grümmer

Arno Röder

Peter Czerny

Klaus Weidner

Heinz Knorr

Gerd Rossow

Margarete Knapp

Gerhard Döbrich

Horst Ittmann

Hans Woitek

### 1963

Januar: Kurt Hager zum Mitglied

des Politbüros gewählt

Hager ist jetzt ZK-Sekretär für

die Abt. Wissenschaft, die Abt.

Volksbildung/Allgem. bildende

Schulen und die Abt. Kultur; die

**Ideologische Kommission beim Politbüro des ZK der SED** wird für die kommenden zehn Jahre das Leitungsinstrument, die Kulturkommission wird aufgelöst, 1972 aber unter seiner Leitung reaktiviert.

Seit Anfang 1963 gibt es ehrenamtlich arbeitende Arbeitsgruppen für die einzelnen Kunstbereiche.  
Büro Hager: Pers. Referent Erhard Scherner; Büro-Leiter Günter Schröder (1963-65); Erika Hinckel (1966-Mai 1989); Hilde Schmidt (Mai 1989-Nov. 1989)

#### **Abt. Kultur beim ZK der SED**

##### *Abt.-Leiter*

Siegfried Wagner

##### *Stellv. Leiter*

Dieter Heinze

(Sept. 1963-1969)

##### *Sektoren/Leiter*

##### *Kulturelle Massenarbeit:*

Gerd Rossow

- AG künstlerische

Selbstbetätigung

- AG Kulturelle Arbeit der

Massenorg. und staatlichen  
Organe

##### *Kunst und Literatur*

Arno Röder

- AG Künstlerische

Lehranstalten und Fragen der

Ästhetik

- AG Literatur

- AG Theater

- AG Arbeit nach der BRD

- AG Festgestaltung

##### *Instrukteure*

Hans Baumgart

Willi Lewin

Hans Grümmer

Peter Czerny

Klaus Weidner

Margarete Knapp

Gerhard Döbrich

Horst Ittmann

Hans Woitek

#### **1964**

April: 2. Bitterfelder Konferenz  
Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL)“ auch im Kulturbereich – Perspektivplan bis 1970